

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1951**

1 (5.1.1951)



Ein Gigant der Elektrotechnik aus einem Mannheimer Werk.

Dieser Tage hat wieder ein 100 000 kVA-Wandlertransformator, 120 000/110 000 Volt, das Mannheimer Werk der Brown, Boveri & Cie. AG. verlassen. Unser Bild zeigt den Giganten der Elektrotechnik, der als komplette Einheit zwischen die beiden Häften eines Spezialfahrzeuges der Bundesbahn einhängbar wird und für die Spannungsanwendung in den großen Schaltanlagen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätsgesellschaft (RWE) bestimmt ist. Dank seiner Bauart kann der Transformator kniefrei von einem Standort zum anderen befördert werden, weshalb er auch „Wandlertransformator“ genannt wird. Das Transportgewicht des Transformators beträgt 161 800 Kilogramm. BBC-Werkeaufnahme

## Vom Bombenübungsplatz zu einem Symbol?

Der Bombenübungsplatz der britischen Luftwaffe, die Insel Heligoland, ist um die Jahreswende in den Blickpunkt der europäischen Öffentlichkeit gerückt. Einige beherrschte Männer haben sich auf die völlig verwüstete Insel begibt, um weitere Bombenübungen zu verhindern und durch eine friedliche Invasion den Heligoländer ihre Heimat wiederzugeben. Man hofft zumindest, auf diesem Wege mit den Briten in ein Gespräch über die Zukunft der Insel zu kommen. Es scheint, als ob dies gelingen könnte. Jedenfalls zeigt auch die europäische Jugend ein Interesse an dem weiteren Schicksal dieser Insel und der von dort vertriebenen Bevölkerung. Bisher haben sich die Briten jedenfalls sehr nachsichtig verhalten.

## „Auf höchster Ebene...“

Fünf Jahre lang wurde in der Bundesrepublik Deutschland, teils um das deutsche Kriegspotential zu zerstören, teils um unangenehme Konkurrenzbetriebe zu liquidieren. Ohne Rücksicht auf die Interessen, wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb Europas wurden „hald erfüllt“ und „rechtzeitig“ Werte vernichtet, die Europa nunmehr bitter fehlen. In diesem Augenblick, der von deutscher Seite vorausgesehen war, stehen sich die Befürworter und die Verantwortlichen in einem stark labilen Gleichgewicht. Etwas zu spät kommt die Erkenntnis, daß man die Frage der realistischen Demosgen in der Bundesrepublik auf höchster politischer Ebene verhandeln müsse. Amerikaner, Engländer und Franzosen werden nun darüber verhandeln, ob die Erhaltung einer

## ... und auf der anderen Ebene“

Die Westeuropäer, denen man nun ständig das gemeinsame Boot, in dem sie auf sturmgepeinigtem Wasser sitzen, vor Augen führt, mußten am Ende des Jahres viele Bedenken über sich ergehen lassen. Vom Frieden, Freiheit, Völkerverständigung, vom Zusammenschluß Europas im Kampf gegen die Aggression wurde gesprochen, darzwischen von Milliarden-Rüstungsprogrammen, von den schweren Rückschlägen der UN-Truppen in Korea, von Partisanenkämpfen, von „verbrannter Erde“ usw. Einige Bedenken hörten sich gar nicht schlecht an. Sie trübten uns aber über gewisse Erscheinungen nicht hinweg, die das Bestreben nach einem freundlichen Verhältnis zwischen den Völkern stören. Man ist fast geneigt, anzunehmen, daß es einflußreiche Kreise gibt, die dazu bestimmt sind, z. B. die Beziehungen der Bundesrepublik zu den benachbarten westeuropäischen Ländern ständig zu trüben. Als ein Beispiel können wir den Prozeß gegen den früheren deutschen Metallbetriebsleiter in Belgien, General von Falkenhause, anführen. Betrefflich ist es nicht schon, daß der Prozeß fünf Jahre nach Kriegsende abgewickelt wird, gar zu schweigen von der Atmosphäre, in der der Strafprozeß, auf 30 Jahre laudat, gestellt wurde. Darüber schreibt eine amerikanische Zeitung in Deutschland: „Dem Plädoyer des Staatsanwalts waren mehrere Tage lang die Anklageproben der Vertreter von 42 Privatpartien vorgegangen, die als Angehörige von belgischem Opfern der Be-

## Je 3 Divisionen — oder 1:100

In diesen Tagen wird der Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte, General Eisenhower, in Europa erwartet. Er zitiert, wie John Foster Dulles in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung erklärte, außer General MacArthur zu dem Mächtigsten, die in Krieg und Frieden bewiesen haben, daß sie die materiellen Werte an die zweite Stelle und die moralischen Werte an die erste Stelle setzen. Eisenhower erwartet in Europa eine gigantische Arbeit und eine ebenso große Verantwortung. Er hat den Oberbefehl über eine Streitmacht, die nach gar nicht vorhanden ist, obwohl es klarer immer vorteilhafter war, zuerst eine Hilfsarmee und dann den General zu haben. Frankreich und England werden je drei (3) Divisionen Eisenhower unterstellen und haben ihre diesbezügliche Bereitschaft bekanntgegeben. Vorläufig jedenfalls ist die atlantische Streitmacht vollkommen unzureichend, um es müde auszudrücken, wenn auch die Besetzung der Streitmacht leicht die Gegenüber vorzuziehen könnte. Das Verhältnis der militärischen Stärke des Ostens ist etwa wie 1:100. Wir können schon deshalb den Optimismus des atlantischen Beraters von Dean Acheson nicht ganz teilen, der in seiner überaus wichtigen Rede u. a. auch äußerte, daß unge-

# Steuerschraube wird angezogen

## Umsatzsteuer soll von 3 auf 4%, Körperschaftsteuer von 50 auf 60% erhöht werden

### Konsumbeschränkungen geplant - Attacke gegen Sparwillen - Bundesbahndefizit verdoppelt

Es ist unverkennbar, daß das neue Jahr mit einem gewissen wirtschaftlichen Optimismus beginnt. Obwohl, zwischen den Feiertagen und in den ersten Januartagen das politische Gerücht dominierte von dessen Ergebnis in auch die Wirtschaft erheblich betroffen wird haben die deutschen Börsen am 1. Januar in etwas sozusagen freundlicher Haltung begonnen, eine Haltung, die sich zwischen dem Feiertagen zu erkennen war in Frankfurt zeigte sogar der Aktienmarkt ausgesprochen frohe Tendenz, aber auch Kalk-Aktien, Elektro-Aktien, Energieerwerbe und Motorenwerte gewannen einige Punkte. Ford erreichte sogar den Parität. Es muß sein, daß die Jahresrückblicke in den Zeitungen, aus denen der erhebliche Auftrieb der deutschen Wirtschaft im Jahr 1950 klar erkennbar war, und die optimistischen Außenwörter, die wesentlich dazu beizutragen haben. Es ist auch sicher, daß die Produktionszahlen für Dezember, die heute noch nicht vorliegen, doch ein sehr günstiges Bild abgeben werden. Allerdings haben eine ganze Reihe von Fabriken und Industriewerken zwischen Weihnachten und Neujahr Betriebsferien gehalten, aber es wird erwartet, daß die Produktion nicht im Verhältnis des Ausmaßes der Arbeitslosigkeit, was gesunken ist, besonders erheblich ist die Rückgang der Stahlindustrie im Jahr 1950. Nach den vorläufigen Schätzungen sind 111 Mill. t Stahlerzeugung gefördert worden, gegen 108,2 Mill. t im Jahre 1949. Und es ist anzunehmen, daß die Exportquote für das erste Quartal 1951 herabgesetzt wird. Die Zuteilungen für den Hausbedarf werden wahrscheinlich ausreichen, so sei denn, daß eine erhebliche Käsekrise, die allerdings von einigen Meteorologen erwartet wird, einsetzt.

Wir wägen noch ein sehr erfreuliches Faktum beibringen: In Schleswig-Holstein, wo die Not am größten und auch die Zahl der Flüchtlinge am höchsten ist, hat sich im Jahr 1950 der arbeitstatistische Index der industriellen Produktion von 80 auf 130 (1936 = 100) erhöht. Export steigt weiter. Schließlich gehört zu den erfreulichen Meldungen die Entwicklung des deutschen Außenhandels im November. Die Bilanzierung des Handelsdefizits zeigt. Es ist allerdings anzunehmen, daß im Januar erhöhte Devisenlieferungen gesandt werden, um den Rohstoffbedarf zu decken. Die Bank Deutscher Länder hat die Zinsen tendenziell etwas senkender und die bisher geforderte 50%ige Einzahlung bei Importen auf 20% ermäßigt. Zweifellos wird der Export weiter steigen. U. a. hat Brandt sich bereit erklärt, nicht deutsche Waren abzurufen, auf der anderen Seite sehr man hat mit Recht daran, die Auftragsbestände in der deutschen Industrie zu überprüfen. Wenn man die Fabriken fragt, dann sind sie auf

## Was wird? Die drei großen Unruheherde

### Rohstoffbeschaffung, Preisbildung und Mitbestimmungsrecht

Über den ersten genannten Unruheherde, die Rohstoffbeschaffung, brauchen wir eigentlich nicht viele Worte zu machen. Jeder Industrielle weiß darüber ein Lied zu singen. Wenn es jetzt gerade schon zu einem schmerzhaften Rohstoffmangel kommt, ist das ein Überwiegen der Kasse gegenüber dem Willen, was wiederum für die Industrien keineswegs erfreulich ist. Es war zwar zeitlich gestrichelt, wenn es in der Begründung für die neuen Steuererhöhungen heißt: „Die Steuern müssen erhöht werden, weil die öffentlichen Aufwendungen 1951 erheblich höher sein werden.“ Man ja, die Gehälter werden höher sein und auch die sozial gebauten Wohnungen, aber das dürfte Ende wissen wir ja noch gar nicht, weil der Befehlshaber über unsere „freiwilligen“ Beitrag zur Verteidigung“ noch nicht stattgefunden hat. Das dann noch einmal an der Steuererhöhung gedreht werden muß, ist ganz klar. Ebenso sicher ist, daß das Jahr 1951 unter dem Motto „Konsumverzicht“ stehen wird. Das kann man durch Preissteigerungen (bei Beibehaltung der Lohnhöhe) oder durch erhöhte Steuern oder durch beides erreichen — und man wird beides tun.

Bundesregierung wird unter Druck gesetzt. Es ist nun wirklich so gekommen, wie wir in unserer Mitarbeiterbeilage voraussichtlich ausführlich berichtet in Gewerkschaftskreisen niemand von Lohnverboten, obwohl wichtig Grund dafür vorhanden wäre. Man spricht vielmehr ausschließlich vom Mitbestimmungsrecht. Die Sprache wird immer unmißverständlich. Die Antwort Dr. h. c. Böckers auf Adenauers Einwendungen war schon ziemlich massiv. Massiver aber ist die Erklärung der Industrieverbände Metall, am 1. Februar die Arbeit niedriger zu lassen, wenn bis dahin das Mitbestimmungsrecht nicht durchgesetzt ist. Diese Gewerkschaft empfiehlt jetzt schon ihren Mitgliedern, ihre Verträge zum 1. Februar zu kündigen und alles darauf einzurichten, am 1. Februar die Maschinen stillzusetzen. In diesem Zusammenhang wird ebenso deutlich erklärt, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, bis die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen erfüllt sind.

Damit wird also ganz deutlich die Bundesregierung unter Druck gesetzt — und dies in einem Zeitpunkt, da wirklich wesentlich größere Probleme und erheblich wichtigeren Entscheidungen vor der Bundesregierung aufstehen. Taktisch ist also der Zeitpunkt, die Entscheidung zu erzwängen, bestens gewählt. Soweit man aber von einer Moral in interparteilichen Kampf oder von einer Zurückhaltung interparteilicher Entscheidungen während einer außerparteilichen äußeren Krise sprechen darf ist dieser Zeitpunkt denkbar schlecht gewählt, und unter diesem Gesichtspunkt muß die Gewerkschaft Metall erwidern, daß man an ihr Kritik übt. Das Problem wäre vielleicht politisch nicht so relevant geworden, wenn man die beiden Sozialpartner allein gelassen hätte, bis sie zu einer Einigung kämen. Da aber ein Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht in Bundestag eingebracht wurde, ist die Angelegenheit stark politisch geworden und muß auch die Frage aufgeworfen werden, ob eine Gewerkschaft ein Gesetz betreiben kann, das auf demokratischem Wege durch die Mehrheit des Volkes angenommen wurde. Das Beispiel, das z. B. die englischen Gewerkschaften während der Regierungsjahre der Labour Party gegeben haben, sagt größere Disziplin und ein höheres massenweises Pflichtgefühl. Jedenfalls sind wir der Meinung, daß der von der Gewerkschaft Metall erhobene Scheitern in der interparteilichen großen Beunruhigung für den Januar bedeutet.

## Vermutlich mit Verspätung

Es kann allerdings sein, daß die Bundesregierung wieder einmal alles zu spät beginnt. Wir haben im abgelaufenen Jahr leider oft die Erfahrung machen müssen, daß sogar terminmäßig feststehende Änderungen nicht vor, sondern erst nach diesem Termin beraten und dann unter wesentlich verstärktem politischen Druck keineswegs richtig entschieden wurden. Im Falle der Rohstoffversorgung allerdings müssen wir der Bundesregierung zugute halten, daß sie z. B. mehr denn je Betriebsinhalte ist und warten muß, wie man sie auftrifft. Marshall Montanary trifft sich ausschließlich mit Herrn Adenauer und General Eisenhower wird noch nach im Januar nach Westdeutschland kommen. Bis jetzt hat noch niemand in diese militärischen Aktionen schauen können.

## Höhere Lebensmittel-Subventionen

Allerdings ist trotz dieser Rohstofflage nicht zu verkennen, daß eben diese Rohstoffe wesentlich teurer sind. Der Kautschukpreis hat sich im Laufe des vergangenen Jahres fast verdreifacht. Der Rohzuckerpreis hat verdreifacht. Zinn und Zink stiegen um 80 Prozent, Kupfer und Barium um 50 Prozent. Es ergibt sich ein weiteres Problem für die Finanzen des Bundes dadurch, daß international auch die Preise für Getreide und Zucker stark gestiegen sind und sich damit die Notwendigkeit ergibt, die Subventionen, die in

viele Monate teilweise auf über ein Jahr, mit Aufträgen versehen. Wer aber will wissen, was an diesem Auftragsbestand echt ist? Wieviel Ansatze und wieviel Konzepte sind darunter? Teilweise hat sich die Industrie schon selbst befohlen und nach Einlass eines Auftrages beim Auftragsgeber rückstrukt, ob er auch tatsächlich bereit ist, die Ware beim Liefertermin abzunehmen.

## Vorsicht in Einkaufs-Dispositionen!

Dies führt uns zu einem weiteren, sehr ernstem Problem, mit dem jetzt eine Reihe von Industriezweigen bereits zu ringen beginnen: die Bestellung von Waren, die aus Ersatzstoffen hergestellt werden, oder minderer Qualität sind. Der deutsche Groß- und Einzelhandel hat einige schlechte Erfahrungen hinter sich, die ihn zu besonderer Vorsicht heute mahnen. Wir erinnern daran, daß gleich nach der Währungs-Umstellung die Jedermann-Schuhe und Jedermann-Kleider überhaupt nicht mehr absetzbar waren. Es ist ja seit der Währungsreform immer wieder die Beobachtung gemacht worden, daß auch die kaufkraftschwache Bevölkerung Qualitätswaren bevorzugt und unter Opfern bereit ist, die teureren, weil haltbareren Waren zu kaufen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß bei Einführung von Verwendungsverboten bestimmte Produkte aus Material hergestellt werden müssen, die dem Käufer nicht zusagen. Das ist so lange kein Problem, wie auf lange Sicht Waren gewohnter Qualität nicht zu haben sind, aber in dem Moment, da das Verwendungsverbot fällt, sind — eben nach den erwählten Erfahrungen — diese Waren mit Sicherheit der Gefahr ausgesetzt, Ladenhüter zu werden.

## Textile Umstellung

Dies gilt ebenso für metallische Rohstoffe wie für Textilien. Es kann durchaus sein, daß wir auf textilem Gebiet einen Rohmangelzustand erhalten, oder daß gar für bestimmte Produkte die Verwendung von Wolle oder Baumwolle verboten wird. Die Käuferpolitik, die Waren mit Rohmangelzustand oder aus synthetischen Fasern als wertvoll betrachtet, ist noch nicht ganz ausgerollt. Allerdings haben die deutschen Käufer gerade im letzten Jahr die Erfahrung machen können, daß die Zellwolle und die synthetisch hergestellten Fasern ausreicht in manchen Fällen besser sind, als die durch die Tradition bewährten natürlichen Fasern. Wir haben uns umgehört und erfahren, daß Käufer sogar ausdrücklich Zellwolle-Stoffe oder textile Material aus einer bestimmten, von bekannten deutschen chemischen Werken hergestellten Synthefasern verlangen. Das ist auch der Grund, warum wir auf textilem Gebiet gar nicht so schwarz sehen. Vielleicht wird gerade die kommende Zeit eine Gelegenheit für diese neuen Stoffe sein, ihren Käufer zu finden; diese Waren aus Wolle und Baumwolle müssen wegen der gestiegenen Rohstoffpreise erheblich im Preis erhöht werden. Trotzdem müssen wir dem Handel raten, in seinem Einkaufspolitiken sehr vorsichtig zu sein. Der sogenannte Nachbedarf ist auf vielen Gebieten wahrscheinlich gedeckelt, und wir sind alle aus den Mangelplätzen daran gewöhnt, vorsichtig mit unseren Sachen umzugehen und sie viel länger zu benutzen als in Friedenszeiten. Auch dieses Faktum sollte man nicht unterschätzen.

## Bundesbahn-Defizit

Kommen wir nun zu den weniger erfreulichen Nachrichten. Da ist zunächst das Defizit der Bundesbahn. Es ist seit längerem bekannt, daß die Bundesbahn höhere Ausgaben als Einnahmen hat. Schon im Jahre 1949 schloß die Erfolgsrechnung mit einem Verlust von 127 Mill. DM ab. Im Jahre 1950 hat sich dieser Verlustvortrag auf etwa 490 Mill. DM erhöht. Inzwischen hat nun die Bahn wieder einen erhöht und im Berufsverkehr sogar eine Erhöhung um 20% durchgeführt. Die Welt ihren Personalbestand um 20 000 Köpfe vermindern und wünscht, daß die Pensionisten für Frühlinge und Vertriebenen durch den Bund übernommen, und daß sie von „nicht zumutbaren finanziellen Lasten“ befreit wird.

## Geplante Steuererhöhungen

Auch dieses Beispiel zeigt, daß man überall bemüht ist, den Bundesfinanzen weitere Leuten aufzubringen. Kein Wunder, daß Herr Schäffer nun mit seinen rüstigen Steuererhöhungs-vorschlägen antritt. Er will die Körperschaftsteuer von 50 auf 60% erhöhen und die Umsatzsteuer von 3 auf 4%. Eine solche Erhöhung der Umsatzsteuer würde zweifellos eine erhebliche Mehreinnahme bringen, wie schätzte die Mehreinnahme allein aus dieser Quelle auf über 1 Mrd. DM im Jahr. Die Umsatzsteuer ausdrücken von Käufer getragen werden soll, wird ihre Erhöhung in den Preisen wiederkehren. Und weil die Umsatzsteuer auf dem Wege von Rohstoffhersteller bis zum Einzelhändler mehrfach erhoben wird, ist die preistreibende Wirkung nicht unbedeutend.

## Konsumbeschränkung

Nun ist die Erhöhung des Preisniveaus für die Bundesregierung eine Angelegenheit, die sie mit einem weinenden und strom lachenden Auge betrachtet. Das weinende Auge sieht die soziale Seite und die Sorge, daß bald wieder Lohnverhörungen verlangt werden, das lachende Auge sieht in Preisverhörungen einen Weg, die Kaufkraft abzusichern. Inwiefern muß die kommende Zeit auf Konsum verdrängt werden. Die Bank Deutscher Länder verlangt, daß

auch der „echte“ Einfuhrbedarf durch Kaufkraftmangel begrenzt werden, wobei die Grenzen durch die Ausfuhrentwicklung gegeben sein. Außerdem müsse die Nachfrage an Binnenmarkt angedockt werden, das die Ausfuhrleistung nicht höher. Die Bank verlangt sogar, daß die Binnennachfrage für eine gewisse Zeit bewußt beschränkt werde, um alle Ausfuhrleistungen zu sichern und dadurch eine stärkere Einschränkung der Einfuhren unmittelbar zu machen.

**Sparen nicht steuerbegünstigt**

Es gäbe allerdings einen Weg, auf erhebliche und anständige Weise eine Konsumbeschränkung zu erreichen: man schaffe einen zusätzlichen Ansporn zum Sparen. Aber gerade in diesem Hinsicht hat die Bundesregierung einen Scheitlerfolg erzielt. Man erwartet nämlich im Bundesfinanzministerium die Aufhebung des steuerbegünstigten Sparens. Schon haben die Gerichte über eine solche Maßnahme dazu geurteilt, daß der Abschluß neuer Sparverträge von den Interessenten zurückgestellt werden. Es wäre grundfalsch, wenn man das steuerbegünstigte Sparen fallen ließe. Die Bildung von Sparkapital ist so wichtig, daß jedes Mittel zur Förderung recht ist. Man sollte nicht nur die Steuerbegünstigung beibehalten, sondern noch weitere Maßnahmen ergreifen, die die Sparhaltung stärken. Wir meinen damit allerdings nicht ein Zwangsparieren oder Betriebsparieren, wie wir dies schon einmal kennen gelernt haben.

**Die Eisenpreise**

Zu den unerfreulichen aber erwarteten Nachrichten gehört auch die Erhöhung der Eisenpreise, die am 29. 12. im Bundesanleger veröffentlicht wurden. Wie die Wirtschaft besonders betrifft, ist die Veranschlagung der Verfertigung. Die neuen Eisenpreise gelten nämlich rückwirkend vom 1. Dezember ab, aber erst 4 Wochen später sind die Preisnachlässe veröffentlicht worden. Es kommt noch hinzu, daß, wie aus der Präzision der „Bekanntmachung“ hervorgeht, diese Zahlen vorläufig sind. Außerdem ist bekannt, daß die nun verfügbaren Preisnachlässe nicht ausreichen, um die Kosten-erhöhungen, die durch die Erhöhung der Kohle-, Schrott- und Importer-Preise entstanden sind, auszugleichen. Bis zum 31. März ist diese Veranschlagung befristet. Man muß nach Lage der Dinge annehmen, daß danach ein neuer Zuschlag erhoben wird. In der Zwischenzeit werden wir sehen, wie sich die Preise der Waren entwickeln, die aus Eisen und Stahl hergestellt werden.

**Lebensmittel-Subventionen steigen weiter**

**Größe Mittel für Getreide und Zucker erforderlich**

Als die Bundesregierung sich im Sommer 1950 entschied, den Getreidepreis einige Punkte unter dem Weltmarktpreis zu stabilisieren, stand sie unter dem Eindruck nachgehender Weltmarktpreise und großer Vorräte, namentlich in den USA, die durch die Stilllegung der amerikanischen Regierung ständig wuchsen. Die Bundesregierung erwartete, der Weltmarktpreis werde sich im Verlauf des Jahres dem innerdeutschen Preis nähern und der Subventionbetrag werde gering sein. Damals wurde der Weltmarktpreis noch vornehmlich als eine Sicherung gegen den Zusammenbruch des Weltmarktpreises für Weizen angesehen. Deshalb sollte das deutsche Getreidegesetz die deutsche Landwirtschaft in erster Linie wegen Rückschlüssen an den überseeischen Weltmarktpreis sichern.

Der Korea-Konflikt hat innerhalb weniger Wochen die Lage grundlegend verändert. Die großen Weizenvorräte der US-Regierung schrumpfen in keiner Weise mehr, sondern sie erweitern sich als eines der stärksten Aktiva der USA bei den Auseinandersetzungen in Ostasien. Die politischen und militärischen Entwicklungen haben besonders die asiatischen Beisoberschaltgebiete Korea, Formosa und Hinterindien betroffen. Namentlich ist die Ernährung der Länder mit großem Einfuhrbedarf, zumal Indien und Japan, von der westlichen Welt zu gewährleisten. Seit Jahren ist die Beisoberschalt beträchtlich und verstärkt sich bei den kriegerischen Verwicklungen zunehmend. Die großen Weizenvorräte geben den USA die Möglichkeit, für die in ihrem Machtbereich liegenden Länder die Ernährung zu sichern.

Als Folge der Vorratsrückläufe fast aller Staaten der Welt sind in kurzer Zeit die Getreidepreise auf den internationalen Märkten bis zu den Höchstständen des Weltmarktpreises gestiegen. Der Abstand zwischen deutschem Inlandgetreidepreis und Weltmarktpreis hat sich nicht verringert, sondern hat sich im Gegenteil weit vergrößert. Deshalb werden große Subventionen benötigt, um den Weltmarktpreis zu deckeln. Man nimmt an, daß im laufenden Wirtschaftsjahr 1950/51 die Getreidesubventionen insgesamt rd. 300 Mill. DM ausmachen werden. Dies gilt aber nur unter der Voraussetzung, daß die diesjährige Inlandernte von der Landwirtschaft abgeliefert wird. Bis jetzt ist dies nicht der Fall.

Vom Juli bis Oktober 1950 wurden bei einer gleich großen Ernte wie im vergangenen Jahr annähernd eine halbe Million Tonnen Brotgetreide weniger abgeliefert. Von den Bauern wurde besonders der Roggen zurückgehalten, da dieser im Vergleich zu den freien Futtermittelpreisen nur einen geringen Erlös erträgt. Subventioniertes Futtermittel — Millocorn — ist nicht in ausreichenden Mengen verfügbar. Bei dem hohen Schweinebestand wandert deshalb ein bedeutender Teil des Roggens in den Schweinebarnen. Außerdem wird ein vermehrt konsumierter Teil des Roggens von der Landwirtschaft zurückgehalten, da vielfach mit Getreidepreiserhöhungen in den nächsten Monaten gerechnet wird. Wegen dieser Lage kann sehr wohl eine größere Getreideernte erforderlich werden, als ursprünglich angenommen worden ist. Der ausbleibende Subventionenbetrag würde in diesem Fall steigen.

Auch die Zuckereinfuhr verlangt seit Korea hohe Subventionen. Zur Zeit beträgt der Preisunterschied etwa 300 DM je Tonne. Hinzu kommt, daß die inländische Zuckernachfrage seit einigen Monaten stark zugenommen hat. Folglich wird der Bedarf für das laufende Zuckerjahr auf 1,5 Mill. t gegenüber 1,2 Mill. t im vergangenen Jahr geschätzt. Bei einer derartigen Nachfragerhöhung würden trotz der hohen deutschen Zuckereinfuhr etwa 30 000 t mehr eingeführt werden müssen. Auf Grund des anwachsenden Preisunternehmens wird dem für Zucker ein Subventionenbetrag von 120 Mill. DM notwendig werden.

**Berlin holt auf**

Ein Jahresrückblick über den Wirtschaftsaufschwung in Westberlin — und über die „Erfolge“ in der Ostzone

Die besondere Lage Berlins hat es mit sich gebracht, daß die wirtschaftliche Erholung von den Schäden des Krieges wesentlich langsamer vor sich ging als in Westdeutschland. Um so mehr ist es anzuerkennen, und spricht für den hohen Willen aller Beteiligten, daß das Jahr 1950 wesentliche Fortschritte gebracht hat, die unter beträchtlichen Schwierigkeiten erzielt wurden. Einige Zahlen zeigen diese Erfolge unterbreiten. Die Lieferungen aus Westberlin nach dem Bundesgebiet, die im Januar (1950) 48 994 t im Werte von 51,6 Mill. DM betragen, zu denen noch Postpakete im Werte von 10,6 Mill. DM kamen, zusammen also einen Wert von 61,6 Mill. DM hatten, haben sich bis zum November auf 80 481 t im Werte von 129,4 Mill. DM (Postpakete 21,6 Mill. DM), zusammen also auf 102,0 Mill. DM erhöht. Die Warenbesitzung Westberlins haben sich von 228 907 t im Werte von 129,9 Mill. DM im Januar bis zum November auf 593 949 t im Werte von 226,2 Mill. DM steigern können. Die großen Posten in den Berliner Besätzen sind Kohle, Nahrungsmittel und Baustoffe. Die Umsätze der Berliner Wirtschaft (Westberlin) haben sich von 1 225 Mrd. DM im dritten Quartal 1949 auf 1 823 Mrd. DM im zweiten Quartal 1950 erhöht. Was die Struktur dieser Umsätze anbetrifft, standen Industrie und Großhandel weitaus an der Spitze, gefolgt von Einzelhandel einschließlich des Lebensmittelhandels. Handwerk, Baubauwerk und Bauindustrie, sowie Hotels, Gaststätten, Vergnügungsbetriebe usw. stehen sehr zurück.

Wesentlich später als in Westdeutschland kam es zur Gründung wirtschaftlicher Verbände in Berlin. Erst im Juli 1950 wurde es nach Überwindung beträchtlicher Schwierigkeiten möglich, die Industrie- und Handelskammer zu Berlin in der Form eines eingetragenen Vereins ins Leben zu rufen. Diese Institution hat jetzt ihren Bericht vor dem interessierten Einzelnen zu entwerfen. Der schon in der zweiten Hälfte 1949 einsetzende Aufschwung der Westberliner Wirtschaft hat sich im Jahre 1950 weiter fortgesetzt. So haben sich die Lieferwerte der Industrie von 94 844 Mill. DM im Januar in fast ununterbrochener Steigerung bis zum Oktober bereits auf 167 127 Mill. DM erhöhen können. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 129 132 auf 148 872. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat auf Grund dieser Zahlen einen Produktionsindex errechnet, der zeigt, daß Westberlin trotz aller Fort-

**Lieferwerte stark gestiegen**

Dieser Produktionsindex (Arbeitsjahr 1930 = 100) belief sich im Januar in Westberlin auf 22, in Westdeutschland bereits auf 96 bis zum Oktober stieg der Index in Westberlin auf 29, in Westdeutschland jedoch auf nicht weniger als 125. Es bedarf keiner Frage, daß die durch die politischen Verhältnisse ausgelöste starke Behinderung der Westberliner Wirtschaft sich auf der anderen Seite als ein Plus für Westdeutschland ausgewirkt hat. Berlin ist ja immer noch dabei, sich seine Vorkriegsmittel wieder zu erobern. Was für Westberlin ausnehmend ins Gewicht fiel, waren die starken Demonstrationen, die die Westberliner Industrie auf dem Sektor der Produktionsgüterindustrie erlitten hat. Der Index der Produktionsgüterindustrie stieg von 24 im Januar auf 37 im Oktober, der Index der Konsumgüterindustrie dagegen von 16 auf 40. Die Leistungen der Westberliner Industrie sind um so bemerkenswerter, als die Zahl der Betriebe sich im Laufe des Berichtes nicht wesentlich verändert hat. Sie ist sogar etwas zurückgegangen. An Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten waren im Januar 2944 vorhanden, im Oktober jedoch nur 2921.

**Versorgungsnöte der Zigarrenindustrie**

**Deckblattvorräte bis Ende März**

5000 Päckchen auf den Markt gekommen sind. Diese Mengen wurden auf dem holländischen Auktions- und Interessenten aus allen Verbrauchsländern so sehr umstritten, daß bei Preissteigerungen bis zu 1000 v. H. die deutschen westdeutschen Käufer kaum zum Zuge kommen konnten. Die deutsche Zigarrenindustrie bezieht heute rund 70 v. H. ihre Deckblattmaterialien aus den USA. Für die billigeren Preissteigerungen wird insbesondere Connecticut-Share eingekauft. Auf Grund der gegenwärtigen Vorräte ist die Beschaffung bis zum März 1951 gesichert. Die Industrie hofft, daß die seit dem Oktober 1949 in Aussicht gestellten 1,255 Mill. Dollar für den Einkauf von Deckblättern in den USA so rechtzeitig freigegeben werden, daß Betriebsstilllegungen vermieden werden können. Für diesen Betrag kann der Bedarf für 1 1/2 Monate beschafft werden. Rund 10 Mill. Dollar sind für die Deckung des Jahresbedarfes notwendig. Zur Zeit ist die Frage noch offen, ob, wann und in welchem Umfang weitere Mittel für die Einfuhr vorhanden sein werden. Man glaubt, daß im nächsten Jahr eine Devisenkontingenterstellung für die Zigarrenindustrie erforderlich sein wird, wenn die Zigarre nicht wieder knapp werden soll.

**Aus der deutschen Auto-Industrie**

**Über 90 000 Volkswagen**

Trotz der wenigen Arbeitstage betrug die Produktion im Dezember 8289 Volkswagen, davon 1209 Transporter (November 6192 Volkswagen, 1381 Transporter). Exportiert wurden in diesem Monat 2616 Volkswagen, davon 308 Transporter (Vormonat 2838 und 238 Einheiten). Damit erreichte das Volkswagenwerk im Jahr 1950 die Rekordmarke von 90 394 Volkswagen (im Vorjahr 48 394 Einheiten). Fast ein Drittel der Gesamtproduktion 1950, insgesamt 29 048 Volkswagen, wurde exportiert. 1949 gelangten nur 7170 Volkswagen zur Ausfuhr. Mit dieser Steigerung steht das Volkswagenwerk als Devisenbringer mit an erster Stelle. Die Nachfrage nach Volkswagen steigt weiter an, erklärte Generaldirektor Dr. Nordhoff bei seiner Rückkehr aus dem Ausland. Hauptabnehmer sind die Schweiz, Schweden, Belgien und Holland. Neu aufgenommen wurde der Export nach Peru. Damit wird der Volkswagen heute nach 39 Ländern der Welt ausgeführt. Die Betriebe einiger großer Lieferwerke zwingt auch das Volkswagenwerk zu verlängerten Weihnachtsferien. Die Produktion wurde in vollem Umfang am 2. Januar 1951 wieder aufgenommen.

**42 305 Mercedes-Benz-Fahrzeuge**

Die Daimler-Benz AG hat im abgelaufenen Jahr 42 305 Einheiten von Mercedes-Benz-Fahrzeugen hergestellt. Diese imponierende Leistung — 87% beträgt der Zuwachs gegenüber 1949 mit 23 287 Einheiten — gewinnt durch Aufgliederung der Fahrzeugarten noch wesentlich an Bedeutung. Es wurden 25 864 Personenkraftwagen (16 421 Typ 170 S, 11 875 Typ 170 V und 5669 Typ 170 D), 9314 Lastkraftwagen und 1480 Omnibusse gebaut.

Die Produktionszahlen für Dezember (November in Klammern) ergeben 3097 (3519) Mer-

cedes-Benz-Personenkraftwagen, davon 1116 (1408) Typ S, 1195 (1391) Typ V und 886 (816) Typ D, 860 (748) Lastkraftwagen, davon 543 (600) Typ L 2500, 46 (91) Typ L 2000 und 73 (77) Typ L 2000 sowie 55 (29) Omnibusse, davon 35 (29) Typ 0 2500 und 20 0 4000. (Auch Mercedes legte vom 23. 12. 50 bis 2. 1. 1951 Betriebsferien ein.)

**Opel exportierte 40,5 Prozent seiner Produktion**

Unter den devisenschaffenden Industrien Westdeutschlands steht die Automobilindustrie mit an erster Stelle. Opel, Rüsselsheim, das in den Jahren vor dem Krieg bereits den deutschen Automobil-Export anführte, hat seinen führenden Platz wieder erlangt. Mit 39 489 im Jahre 1950 exportierten Opel-Wagen stellt das Rüsselsheimer Werk wiederum den höchsten Export innerhalb der deutschen Automobilindustrie. Da es sich bei den Rüsselsheimer Exporten, die 40,5% der Opel-Produktion ausmachen, außerdem um Fahrzeuge der mittleren und höheren Preisklasse handelt, ist der Devisenertrag um so bedeutender einzuschätzen. Die Opel-Ausfuhr im Zusammenarbeit mit General Motors, erhält bereits wieder alle maßgebenden Automobil-Verbrauchsländer der Welt.

**Fast 30 000 deutsche Fordwagen**

Die Fordwerke in Köln produzierten 1950 insgesamt 29 918 Kraftfahrzeuge. Das sind 71,8% mehr als im Vorjahr. Im einzelnen umfaßt die Produktion 24 443 (11 109) Ford „Taurus“, 3634 (2405) Kästchenwagen und 1239 (3223) Lastkraftwagen und Omnibusse. Im Dezember verließen bei weniger Arbeitstagen 2109 Wagen das Werk gegenüber 2304 im November. Sorge bereitet die unsichere Kohlenversorgung für den Januar.

**Vorzeitiges Ende der ECA-Hilfe?**

Nach den kürzlichen Nachrichten aus Washington befehlen sich die zuständigen Kreise in USA ernstlich mit dem Plan, die amerikanischen Rüstungshilfe für Europa mit der ECA-Hilfe zu verbinden. Auf diese Weise würde die Frage über das Verhältnis zwischen dem von den Nordatlantiker Staaten zwischenstaatlichen Produktionsausstoß und der Pariser OEEC-Organisation beantwortet werden.

In Brüssel hat Außenminister Adenauer verlangt, daß mit der Erneuerung General Eisenhower zum Oberbefehlshaber der Atlantikpakt-Streitkräfte eine parallel Rüstungskommandostelle geschaffen werde, um die europäischen Länder zu den gleichen Anreizungen wie sie die USA leisten, zu veranlassen. Als Mitglied dieses internationalen Produktionsamtes benannte die Amerikaner den bisherigen Leiter der ECA-Mission in Großbritannien William Hall. Der früher die amerikanische Filiale der Schwedischen Kugellagerfabrik in Philadelphia leitete hat Hall selbst bei dem Vorstoß des Vertriebs der Produktionszahlen nicht übersehen. Von ihm in Brüssel einwirkenden Delegationen wurde beauftragt, daß ein europäisches Produktionsamt gefunden werden könnte, der den Rang eines Wilson habe, des künftigen Präsidenten der General Electric und derzeitigen Leiters des neu geschaffenen amerikanischen Mobilisationsamtes.

Kommt es zu einer neuen Verbindung zwischen der OEEC und dem neuen Produktions-

amt, so ist die Pariser Marshallplan-Organisation dafür nicht vorbereitet. Neben der Errichtung der Europäischen Zahnstange hat die OEEC namentlich Lebensfrage und das Manpower-Problem zu ihrem dringendsten Anliegen seit einigen Wochen gemacht. Sie hat einen Plan zur Lösung der Rohstoffverfügbarkeit ausgearbeitet und eine Delegation nach Washington geschickt, um die Frage mit der amerikanischen Regierung zu erörtern. Über die Manpower-Frage berieten die Delegationen der OEEC-Länder in der Weihnachtswoche in Paris. Im einzelnen wurden alle Maßnahmen besprochen, die der Steigerung der Produktivität dienen, und ein Austauschdienst sowie der Aufbau eines Informationsnetzes beschlossen. Das Ziel war, die europäische Produktion bis zum Ende des Marshalljahres Mitte 1952, wie es bisher angesetzt war, um 100 Mrd. Dollars zu erhöhen.

Sollte nun die ECA-Hilfe in ihrer zweiwöchigen Form — für 1951/52 sollte sie laut Plan auf 25 v. H. des typen ECA-Jahres angesetzt werden — vorzeitig im Ende Juni 1951 seinen Abschluß finden, so dürfte nach den vorliegenden Informationen für Griechenland und Österreich in jedem Fall und für Deutschland und Italien bei nachgewiesenen Bedarf weiter Hilfen gewährt werden, für die übrigen OEEC-Länder würde jedoch das Ziel des Marshalljahres als erreicht anzusehen werden.

Über die Aufteilung der Betriebe nach Branchen gibt die nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

Bekleidung, Textil und Leder	632
Maschinen-, Stahl und Fahrzeug	565
Druck- und Papierverarbeitung	296
Nahrungs- und Genussmittelindustrie (ohne Tabakindustrie)	373
Elektrotechnik	310

Die Lieferwerte je Kopf des Beschäftigten ohne die Beihilfeneinhalte sind von 110 DM im Januar auf 873 im Oktober gestiegen. Hierin drückt sich die in der letzten Zeit vorgenommene Rationalisierung der Westberliner Wirtschaft aus.

Es besteht begründete Aussicht, daß sich die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft Westberlins im neuen Jahr fortsetzen wird. Genügend Arbeitskräfte sind vorhanden, und auch die Produktionsmittel werden in zunehmendem Maße bereitgestellt. Was noch Schwierigkeiten macht, ist die Rohstoffbeschaffung und diese Schwierigkeiten dürfte sich in der kommenden Zeit eher noch verstärken.

**Die „billigeren“ Lebensmittel**

Natürlich mußten auch die ökonomischen Nachteile der Bevölkerung Ostdeutschlands etwas auf den Weihnachtstag legen. Am 23. Dezember wurde die „Tägliche Rundschau“ ihren Lesern zu berichten, daß „die Lebensmittel in Ostdeutschland in der gleiche Horn. Mit dieser Aktion wollte man die vor Monaten gegebenen

Versprechungen in Bezug auf eine Aufhebung des Kartensystems einlösen. In viele Worte verpackt erfuhr die Bevölkerung Ostdeutschlands, daß sie in Zukunft Getreideprodukte und Hülsenfrüchte wieder frei kaufen könnten. Die hochwertigen Lebensmittel wie Fleisch, Fett, Zucker und daraus hergestellte Produkte unterliegen auch weiterhin dem Kartenzwang. Soweit die Bevölkerung zusätzlich diese Waren kaufen wollte, war sie auf die RCO mit ihren Wechselpreisen angewiesen. Für die jetzt freigegebenen Lebensmittel sind die HO-Preise gesenkt worden, dafür sind die bisherigen Kartenscheine heraufgesetzt worden. Besonders auffällig ist das bei Weizenmehl und Weißbrot. Per Sekko kommt bei den Ostdeutschen, vorausgesetzt, daß er nur auf diesem Gebiet so wie der Westdeutsche leben will, gegen die bisherigen Aufschwüngen eine Verkopplung der Lebenshaltung heraus. Für Weizenmehl werden drei Typen aufgeführt, deren Preise zwischen 0,56 und 0,85 Ostmark liegen. Das in Westdeutschland zu kaufende Weizenmehl Typ 50 kostet dagegen zwischen 0,25 und 0,35 Westmark. Weizenmehl kostet in Ostberlin und der Ostzone zukünftig 0,85 Ostmark, in Westberlin jedoch nur 0,32 Westmark. Weißbrot kostet im Osten 1,38 Ostmark bzw. ein schlechteres Weißbrot immer nur 1,25 Ostmark, Weißbrot dagegen in Westberlin nur 0,88 Westmark. Für eine Schrippe muß der Ostdeutsche künftig statt bisher 0,83 Ostmark 0,58 Ostmark bezahlen, während die knappe Schrippe in Westberlin in Westberlin schon lange nur 0,54 Westmark kostet.

**Mit und ohne Wechselkursrechnung**

Man könnte vielleicht einwenden, daß unsere Zugrundelegung des Wechselkurses die ostdeutschen Preise für diese Produkte niedriger liegen als in Westdeutschland und Westberlin. Man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß es sich hier um die billigeren Lebensmittel handelt, um die Grundnahrungsmittel, und daß der Lohn niedrig im Osten ebenso hoch wie im Westen liegt. Der ostdeutsche Lohnempfänger hat also gegenüber seinem westdeutschen Kollegen keinerlei Vorteile. Er erhält auch nominell nach der Neuregelung mehr als vorher, als er auf Grund der Kartenscheine besser wegkam. Wenn sich bei Hülsenfrüchten ein geringer nomineller Vorteil ergibt, so fällt der gegenüber den Nachteilen der Neuregelung kaum ins Gewicht. Das Kartensystem ist durch eine Preisreduzierung abgelöst worden, die sich vielleicht noch schädlicher auf die breite Masse auswirkt als das bis dahin herrschende Zuteilungssystem. Entscheidend ist, daß die hochwertigen Lebensmittel, soweit sie über die Rationen auf Karten hinausgehen, immer noch in der HO zu einem Preis erworben werden müssen, die oben in der großen Linie des Preisen des Westens mal dem Kurs entsprechen, während der Lohn des Ostdeutschen eben nicht dem Kursverhältnis entspricht. Das ist aber das entscheidende Kriterium. Darüber kann auch der Umstand, daß man diese frohe Weihnachtsgabe am 23. Dezember verkindelt, nicht hinwegtäuschen.

**Das neue Wirtschafts-Strafgesetz**

Der Entwurf zu einem neuen Wirtschaftsstrafgesetz ist dem Bundesrat zur Stellungnahme zugewiesen, das das Kabinett noch vor Weihnachten verabschiedet hatte. Das neue Gesetz ist erforderlich, weil das bestehende Wirtschaftsstrafgesetz am 31. März 1951 abläuft. Viele Tatbestände im geltenden WStG haben nur geringe praktische Bedeutung erlangt, weil das WStG zu einem Zeitpunkt in Kraft getreten ist, zu dem die mit dem Kriegsausbruch begonnene Entwicklung durch die Auswirkungen der Währungsreform und der Marshallplanhilfe zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Insbesondere ist die Zwangsbeschaffung inzwischen fast ganz abgelehnt worden, was wesentlich eine Anpassung an die neue Situation erforderlich macht.

Das neue Wirtschaftsstrafgesetz ist in 4 Abschnitte aufgeteilt. Die Tatbestände im ersten Abschnitt werden als so schwerwiegend angesehen, daß Verstöße als kriminelles Unrecht geahndet werden. Darunter fällt insbesondere die vorsätzliche Gefährdung der Bedarfsdeckung (teuer der Versuch ist strafbar; ferner pflichtverletzendes Verhalten von Verwaltungsverpersonal und Bediensteten, insbesondere das unbedachte Verleihen von Berechtigungen und Beschäftigungen an Erzeuger, Gewerbetreibende und Verbraucher, auch in Bezug auf den Warenverkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes, schließlich Zuwiderhandlungen gegen das Berufverbot und Betriebsbeschränkungen. Bei all diesen Straftaten kann neben der Freiheitsstrafe auch auf Geldstrafe bis zu 100 000 DM erkannt werden.

Der zweite Abschnitt des neuen WStG enthält Tatbestände, die je nach Lage des Einzelfalles entweder Kriminal- oder Verwaltungsdelikte sind und je nachdem mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafen geahndet werden können. Dazu gehören Zuwiderhandlungen, die ihrem Umfang oder ihrer Auswirkung nach geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der staatlich geschützten Wirtschaftsordnungen zu beeinträchtigen.

Insbesondere zielt diese Erziehung von Berechtigungen für sich oder einen anderen und unter Ausnutzung einer Mangellage bei Waren und Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs, die unbedingte Bevorratung einzelner durch Gewerbetreibende. Vor allem gilt das für Verpachten und für die Gewährung von Kompositionen und ähnlichen Gegenleistungen bzw. für das Abhängigmachen eines Geschäftes von späteren Abschlüssen. Als Zuwiderhandlungen werden ferner angesehen vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen Vorschriften, die für die gewerbliche Wirtschaft, für die Landwirtschaft, die Ernährung- und Forstwirtschaft auf Grund der Vorschriften über die Erneuerung, Bewirtschaftung, Markierung oder über die Regelung des Warenverkehrs mit Gebieten außerhalb der Bundesrepublik oder die auf Grund von Vorschriften über den Gebrauch von Verkehrsmitteln erlassen worden sind.

Ferner fallen darunter Verstöße gegen Preisvorschriften insbesondere in Bezug auf Preisbildung, auf Preisstapen, 20- oder Abschläge, Zahlungsbedingungen, Preisauszeichnungen, Preisrückgaben, oder andere Vorschriften der Preisbildung und des Preisverkehrs. Außerdem kann die Einziehung der Mehrerlöse angeordnet werden. Eingemäß gelten

dem Bestimmungen auch für die Preisreduzierung. Der Begriff „unangemessen“ ist wie folgt definiert: „In der Regel ist „unangemessen“ insbesondere ein Entgelt, das störende Kosten der Wiederbeschaffung oder -erzeugung nicht berücksichtigt. Bei gestiegenen Herstellungskosten oder Anschaffungskosten ist unangemessen auch ein Entgelt, wenn die nach Hundertteilen berechnete Gewinne- und Handelsspanne nicht angemessen gewesen ist. Unangemessen ist auch ein Entgelt, das einen vom Hersteller als allgemein bekannt gemachten Preis übersteigt oder bei dem die Kosten der Wiedererzeugung oder -verteilung unter Vernachlässigung der Kosten der Kriegsfolgen, besonders gebrochener Sparsamkeit unbedeutend hochgehalten und erhöht sind. Angesichts der Notwendigkeit, den lebenswichtigen Bedarf möglichst billig zu decken, ist ein Entgelt nicht schon deshalb angemessen, weil der in ihm enthaltene Gewinn unter anderen Verhältnissen üblich war.“ Schließlich zählen noch in die Gruppe dieser Zuwiderhandlungen, preistreibende Machenschaften, insbesondere bei Zurückhaltung von Waren, Gütern oder Leistungen des lebenswichtigen Bedarfs mit dem Ziel, den Preis unangemessen zu steigern oder auf der Höhe zu halten sowie die Kartenzahlung.

Der dritte Abschnitt des neuen WStG regelt die reinen Ordnungswidrigkeiten, wozu die Verletzung der Aufsicht- und Buchführungspflicht (Geldstrafe bis zu 100 000 bzw. 50 000 DM) und Verstöße gegen Meldevorschriften (Geldstrafe bis zu 10 000 DM) zählen. Bei Ordnungswidrigkeiten verläßt die Verfolgung in zwei Jahren. Außer den Straftatbeständen, die das Gesetz schafft, können noch Nebenfolgen eintriften, die im vierten Abschnitt geregelt sind. Hierunter gehört insbesondere das Berufsverbot mit einer abgestimmten Dauer von nicht mehr als fünf Jahren (Aufhebung frühestens nach einem Jahr), bzw. bei dringendem Tatverdacht auf Antrag der Staatsanwaltschaft die vorläufige Anordnung des Berufsverbotes, die Betriebsbeschränkung und die Auflösung des Mehrerlöses.

Der fünfte Abschnitt beinhaltet Sondervorschriften für das Verfahren und der sechste Abschnitt die Übergangs- und Schlußbestimmungen. Darin ist bestimmt, daß bei einer nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ergehenden Entscheidung über Verträge gegen das WStG vom 25. Juli 1949 dasjenige Gesetz anzuwenden ist, das für den Täter günstiger ist. Schließlich wird auch noch die Ergänzung des Preisgesetzes durch einen entsprechenden Hinweis auf das neue Wirtschaftsrecht angestrebt.

Mit der Vorlage des neuen Wirtschaftsstrafgesetzentwurfes ist dem Bundesrat entsprechend der im WStG durchgeführten Zweiteilung von Straftat und Ordnungswidrigkeit auch nach der Gesetzgebung über Ordnungswidrigkeiten zur Stellungnahme zugewandt, der insbesondere die verfahrensrechtliche Seite regelt.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Veldstr. 28, Telefon 9284. Herausgeber und verantwortl. O. von Raay, Karlsruhe. Inlandisches Verlagspostamt Erlangen/Pader. Bezugspreis steuerfrei für E.-DM einschließlich Zustellgebühr Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veldstr. 28, zur Zeit im Anzeigenpostamt Nr. 4 5010. Seiliger Verlag, Vertreter: Erich Pöge, Karlsruhe-Charlottenburg 4, Leinweg 11, Tel. 87 66. In Satz und Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe.

# Der dritte Partner

Von Ministerialrat Dr. Rappenecker

Dr. Franz X. Rappenecker, Ministerialrat im Badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit schrieb für die letzte Ausgabe der „Mitteilungen der Direktion Arbeit“ den folgenden Aufsatz. Wir bringen den Aufsatz ungekürzt, weil von einem hohen Beamten die Bedeutung des Staates als gleichberechtigter Partner und als Ausgleich in umfassender Weise dargestellt wird.

Die Partner, dieses in der Sozialpolitik der letzten Jahre mehr und mehr angewandte Wort, angewandt auf die beiden Kontrahenten-Gruppen des Arbeitsvertrages im Sinne von Sozialpartnern, ist heute in aller Munde. Das Wort bringt eine Haltung zum Ausdruck, eine Haltung, die als Fortschritt gewertet werden darf. Partner wollen ein Miteinander zum Unterschied von Gegnern, die sich kämpfend und abwehrbereit gegenüber stehen. Partner können sich durchaus der Gegenseitigkeit, mindestens der Unterschiedlichkeit ihrer Standpunkte bewußt sein; sie sind aber, wenn sie echte Partner sein, zur ständigen Begegnung mit dem Ziel des Ausgleichs bereit. Sie wollen ihre Position natürlich wahren, aber nicht unter allen Umständen und um jeden Preis. Gegenüber stehen auf ihrem Pol. Sie beharren auf ihrem „Recht“ und geben nur nach, wenn sie dazu gezwungen werden. Die sie zwingende Macht ist in der Regel dann ein Gericht oder ein sonstiges Organ der öffentlichen Gewalt, oder eine vereinbarte Schlichtungsstelle. Vereinbarungen werden indes wieder eher auf Partnerschaft hin als etwa auf Gegenseitigkeit. — Natürlich können sich Partner auch zu Gegnern wandeln. Im Blickfeld unserer heutigen Überlegungen stehen wir aber im allgemeinen, von einigen Ausnahmen abgesehen, gerade den umgekehrten Vorgang: die jahrelangsten Gegner haben sich zu Partnern gewandelt. Sie wollen den Willen zur Partnerschaft auch nicht aufgeben, trotz der schwersten bisherigen Belastungsprobe, die mit dem Begriff „Mitbestimmungsrecht“ gekennzeichnet ist.

Die Sozialpartner, die Arbeitgeberverbände einerseits und die Gewerkschaften andererseits, beanspruchen heute in zunehmendem Maße das Recht, in Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik bindende Vereinbarungen zu treffen, und sie neigen dazu, diesem Vereinbarungen den Charakter der Allgegenwärtigkeit mitzuteilen. Sie haben in den letzten Jahren deutlich zu verstehen gegeben, daß sie den Einfluß des Staates auf ein unabweisbares Minimum beschränkt wissen möchten. Ihr Standpunkt ist verständlich. Zu nahe ist noch die Zeit der Renaissance des Staatsbolschewismus, der jegliche Regelung freien Bürgertums begehrt und nicht selten mit Verfolgung geahndet hat. Und mit Recht wehrt sich ein mündiges Volk gegen jeglichen Übergriff staatlicher Gewalt. Jede Übergründung eines Prinzipals führt eben zur Reaktion. Dann schlägt das Pendel nach der anderen Seite aus. Ja, es besteht die Gefahr der Überspaltung des anderen Prinzipals. Und gerade wir Deutsche neigen besonders zu extremer Betonung des „Entweder-oder“, während wir besser fahren würden, wenn wir uns die „Sowohl-als-auch“-Denkweise zu eigen machen. Stehen wir nicht gerade jetzt an einem

Punkt, der uns eine solche Bestimmung nahezu zwingend auferlegt?

### Zwei Partner müssen sich einigen

Was kann nun eigentlich von den Sozialpartnern erwartet werden? Die Partner können Tarifverträge abschließen; sie können ferner Vereinbarungen verschiedenster Art treffen; sie können eine gemeinsame Willensbildung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen versuchen. Sie sind aber immer darauf angewiesen, sich zu einigen, weil sonst etwas Gütliches nicht zustande kommt. Ganz deutlich wurde uns diese Tatsache im Verlauf der Hattenheimer Gespräche zum Bewußtsein gebracht. Hier wurde sichtbar, wo die Grenze der Möglichkeiten zweiseitiger Verhandlungen liegt. Gewiß, man könnte sich damit bescheiden, daß über bestimmte Punkte eben eine Einigung nicht zu erzielen ist und daß man diese Punkte dann als noch nicht spruchreif fallen lassen müsse. Wie aber, wenn der eine Partner unbedingt darauf besteht, daß die zur Debatte stehende Materie jedenfalls geregelt werden muß? Und wenn er gar durch seine zahlenmäßige Stärke die öffentliche Meinung überwiegend beeinflusst? Ist es dann die einzige Möglichkeit, nach dem starken Arm des Staates als Gesetzgeber zu rufen und auf diesem Weg gegen den Willen des anderen Partners die Durchsetzung der eigenen Meinung zu erzwingen? Wir wollen hier einen dritten Weg das Wort reden. Wie wäre es, wenn man bei Fragen von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung, die nicht nur die Partner betreffen, von vornherein ein Element der möglichen Einigung, des Ausgleichs, in die Verhandlungen einschalten würde? So ist das Badische Betriebsrätegesetz entstanden. Nach einem ersten geschiederten Versuch wurde vereinbart, nicht mehr zweiseitig, sondern dreiseitig zu verhandeln. Zu den zwei Partnern gesellte sich ein dritter, in diesem konkreten Fall der Staat, vertreten durch den für die Sozialpolitik verantwortlichen Minister, und in diesem Dreiecksverhältnis wurde das Gesetz vereinbart.

### Der Staat als gleichberechtigter Verhandlungspartner

Der dritte Partner war hier der Staat, aber nicht mehr der Staat von oben, mit seiner Macht, sondern der Staat als gleichberechtigter Verhandlungspartner. Es gehört freilich die klare Erkenntnis dazu, daß der Vertreter des Staates in diesem vorparlamentarischen Raum der Partnerverhandlungen auf jegliche Autoritätsgehalte verzichten muß. Er ist, wie gesagt, hier nur das Element des möglichen Ausgleichs; er ist der dritte Partner. Er darf zudem als Vertreter des öffentlichen Interesses

gewertet werden. Die Rechte der Regierung und der parlamentarischen Organe werden hierdurch nicht im mindesten geschmälert, ihre Entscheidungen aber wesentlich erleichtert, wenn sich die Dreieckspartner über eine wichtige Frage der Sozialpolitik geeinigt haben. Der Staat tritt hier in einer bisher nicht gewohnten Erscheinungsform auf. Er kann auch nicht jedem x-beliebigen Vertreter zu solchen Verhandlungen schicken; hierfür müssen Persönlichkeiten von großer Erfahrung, Menschen mit mittlerer Hand gefunden werden.

Inwieweit wurde schon bisher mehrfach nach dieser Auffassung verhandelt. Wir vertreten aber die Meinung, daß nicht nur bei der Vorbereitung von Gesetzen und bei der Regelung irgendwelcher Zeitfragen im Dreieck verhandelt werden soll, sondern daß der dritte Partner auch bei den geschaffenen und zu schaffenden Trägern sozialpolitischer Daueraufgaben seinen festen Platz haben muß.

Im Schlichtungswesen kamte man schon früher den dritten Partner. Die badische Landeslichtungsordnung hat ihn in aller Form wieder eingeführt, und zwar in der Person des Landesrichters. Er nimmt eine durchaus subsidiäre Stellung ein; die vereinbarte Schlichtung hat in der Regel den Vorrang. Er steht aber in Bereitschaft, gewissermaßen als Angebot für die Partner, wenn sie seiner bedürfen. Wir haben immer noch die Hoffnung, daß im ganzen Bundesgebiet eine solche Instanz wieder eingerichtet werden möge.

### Selbstverwaltung der Sozialversicherung

Bei dem kürzlich verabschiedeten Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiete der Sozialversicherung wurde nun bewußt die gesamte Sozialversicherung in die Hände der Partner gelegt. Der bis 1934 vorhandene dritte Partner, dem die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder — vom Staat ernannte Landesbeamte —, repräsentierten, wurde ausgeschlossen. Die Leitung der Landesversicherungsanstalten wird einem ehrenamtlichen Vorstand übertragen. Der staatliche Einfluß wurde auf das Recht der Bestätigung der gewählten drei- bis fünfköpfigen Geschäftsführung und auf das Aufsichtrecht beschränkt. Diese Lösung wurde u. a. damit begründet, daß es sich hier um eine ausschließliche Angelegenheit der Beitragszahler handele. Die Theorie früherer Sozialwissenschaftler, nach der die Rentenversicherung überhaupt keine echte Versicherung, sondern eine staatliche Vorsorge auf versicherungswirtschaftlicher Grundlage sei, fand keine Anerkennung mehr. Auch dem Gesichtspunkt, daß der Staat in der Form der Grundbeiträge zu jeder Rente einen erheblichen Betrag zuschießt und daß das Land die Staatshaftung für die Rentenversicherungsanstalten bei Zahlungsunfähigkeit zu übernehmen habe, wurde nicht mehr als genügende Begründung für die Belassung des Präsidenten und der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder gewertet. — Das Gesetz ist zweifellos ein Experiment, dem man bei allen grundsätzlichen Bedenken im Interesse der Versicherten und der Beitragszahler überhaupt, einen guten Erfolg wünschen muß. Die Entwicklung der Rentenversicherungs-

anstalten wird sehr bald zeigen, ob hier die richtigen Prinzipien gefunden worden.

### Bundesarbeitsverwaltung

In ähnlicher Weise soll nun auch die Wiedererrichtung der Bundesarbeitsverwaltung erfolgen. Doch während auf dem Gebiet der Sozialversicherung, die nunmehr nahezu 60 bis 70 Jahre alt ist, eine Reform an sich fällig war, kann man das bei der Arbeitsverwaltung nicht so ohne weiteres behaupten. Sie hatte sich bis 1933 gut bewährt. Sie war auch früher schon eine gelungene Selbstverwaltung, wenn auch mit staatlichem Einfluß. Die sogenannte Dreigliedrigkeit in den Organen bei den Arbeitämtern, den Landesarbeitämtern und bei der Reichsanstalt führte zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit der Partner mit den öffentlichen Körperschaften. Die Vorstände und stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitämter und die Präsidenten der Landesarbeitämter wurden zwar vom Staat ernannt, jedoch erfolgte ihre Bestellung im Einvernehmen mit den genannten Organen. Das Dritte Reich machte die Arbeitämter zu staatlichen Verwaltungsbehörden und übertrug ihnen, besonders nach Kriegsausbruch, Aufgaben, die dazu führten, die Arbeitämter rasch und gründlich an den verhältnismäßig Behörden zu machen. So hat das Volk nun die Arbeitämter immer noch in wenig guter Erinnerung, und wir gehen wohl nicht fehl anzunehmen, daß diese Stimmung bei der Schaffung des neuen Gesetzentwurfes Pate gestanden hat. So ist es auch hier verständlich, daß das Pendel nach der anderen Seite so stark ausschlagen will. Man will jetzt auch hier den Partnern die alleinige Verantwortung für die Arbeitämter und Landesarbeitämter übertragen, während man bei der Bundesanstalt die Dreigliedrigkeit noch vorgezogen hat. Man erwägt weiter die Bestellung von gewählten Geschäftsführern der Arbeitämter und Landesarbeitämter, ähnlich wie bei der Rentenversicherung.

### Der Staat gleicht die Gegensätze aus

Es ist jedenfalls zu raten, diesen Fragenkomplex noch einmal gründlich zu prüfen. Bei aller Anerkennung des Strebens, die Sozialpartner im Bereich der Sozialpolitik zu festen Arbeitsgemeinschaften zusammenzuführen, die durch die Lösung solcher Daueraufgaben gefördert werden, muß man doch auch an die möglichen ungünstigen Auswirkungen denken. Was soll geschehen, wenn die Partner in den Organen der Sozialversicherung und der Arbeitsverwaltung sich nach wiederholten Beratungen zu keinem Beschluß kommen? Wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, über die nicht zwingend beschlossen werden muß, kann die Frage ja fallen gelassen werden. Wie aber, wenn ein Beschluß erlogen muß? Dann schiebt man praktisch die notwendige Entscheidung der Aufsichtsbehörde, also dem Staat zu, den man doch weitgehend ausschalten wollte. So kann eine etwaige Fehlentwicklung wieder zu dem Zustand führen, den man gerade nicht will oder es muß dann der Gesetzgeber eingreifen.

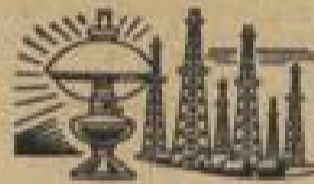
Und das sei als letztes Wort zur Begründung der Zweckmäßigkeit des dritten Partners im Gefüge der Sozialpolitik gesagt: Wo ein Wille gebildet werden soll, dessen Wirkung nicht nur die Partner berührt, sondern der sich im Gesamtvolk auswirkt, sollte außer den Interessierten ein objektives Element mitwirken. Und wir möchten meinen, daß der Staat, oder wenn es sich um Fragen eines kleinen Gebietes handelt, der Vertreter einer öffentlichen Körperschaft dieses Element vertreten müßte. Der Staat ist der Repräsentant des Gesamtvolkes und es ist seine Aufgabe, ausgleichend zu wirken. Und wenn wir gar vom modernen Sozialstaat sprechen, so muß von diesem erst recht die Verwirklichung des sozialen Ausgleichs erwartet werden. Die leidenschaftliche Prüfung dieser Gedanken wird schließlich zu der Erkenntnis führen, daß die Möglichkeit einer Synthese zwischen Gegensätzen beim dritten Partner liegt.

## Kostensteigerung im Braugewerbe

Vor Bierpreiserhöhung!

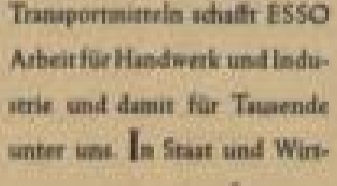
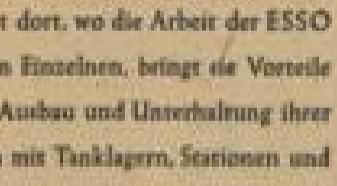
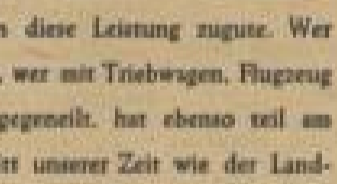
Das rheinisch-westfälische Braugewerbe beobachtet mit Sorge die in den letzten Monaten zu verzeichnenden Preissteigerungen für verschiedene Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Die Malz- und Hopfenpreise werden als überhöht bezeichnet. Daneben sind auch in letzter Zeit auch Preissteigerungen für viele Nebenmaterialien festzustellen, wie z. B. für Kupfer- und Zinnrohre, Flaschenbretter, Filtertücher usw. Die Hopfenpreise erreichten in den letzten Wochen etwa 2000 bis 2500 DM je Zentner, gegenüber 600—800 DM bei Beginn des letzten Quartals 1930 und unmittelbar nach der Ernte. Erste Qualitäten mußten jedoch bei Beginn der Campaigne mit 1000 DM und mehr aufkauft werden, wodurch der Rohstoffmarkt der Brauereien erheblich belastet wurde. Auch bei den Malzen konnte der dem durchschnittlichen Bierpreis entsprechende Preisstand von 80 bis 82 DM je dt nicht erreicht werden. Wie der Bierpreis auf die Dauer dem Schmitt der Preissteigerung entgegen kann, läßt sich nach Angaben

des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Brauereien nicht voraussagen. Jedoch wird bereits als einzige Möglichkeit eine Bierpreiserhöhung angedeutet. Mit einem weiteren Absinken des Bierpreises nach Aufhebung der Preisbindung, die zum 31. 1. 1931 erlosch, wird, ist nicht zu rechnen, da der Bierpreis seine unterste Grenze erreicht haben dürfte. Die zusätzliche Belastung der Brauereien durch Darlehen und sonstige Investitionen in der Kundenschaft und die Unzahl der Nebenleistungen sind nach Ansicht des Brauereiverbandes ungesund und bedürfen solange vertragliche Vereinbarungen hierüber an der Problematik der unzulässigen Kartellgesetzgebung scheitern. einer Beschränkung durch den Gesetzgeber. Trotz der Kohlenkrise und der gedrückten Preislage stellt das Braugewerbe in Nordrhein-Westfalen die während der Sommer- und Herbstmonate auf rund 8000 Köpfe angewachsene Belegschaft auch während der Wintermonate durchhalten zu können.

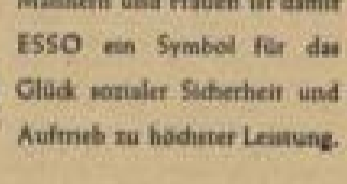
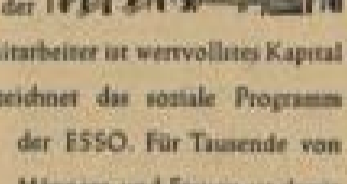
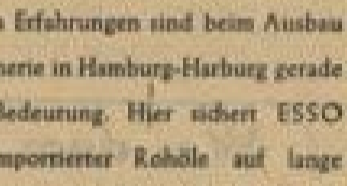
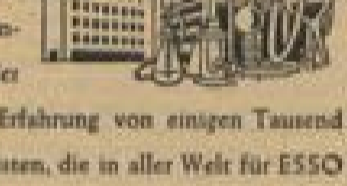


Sechzig Jahre ist ESSO in der deutschen Mineralölwirtschaft tätig. Was das bedeutet, wird klar, wenn man zurückrechnet:

1890 - das war die Zeit der Petroleumlampe, die Zeit, die nichts ahnte von der phantastischen Entwicklung, die heute - sechzig Jahre später - schon selbstverständlich ist. Diese Selbstverständlichkeit ist die sprechendste Anerkennung für die ESSO, denn sie half mit, die Annehmlichkeiten des heutigen Lebens zu realisieren. Schon längst kommt nicht mehr dem Kraftfahrer allein diese Leistung zugute. Wer über Asphaltstraßen scheitert, wer mit Triebwagen, Flugzeug oder Schiff seinem Ziel entgegenreist, hat ebenso teil am ESSO-Beitrag zum Fortschritt unserer Zeit wie der Landwirt oder die Hausfrau. Selbst dort, wo die Arbeit der ESSO scheinbar belanglos ist für den Einzelnen, bringt sie Vorteile für die Allgemeinheit. Durch Ausbau und Unterhaltung ihrer weitverzweigten Organisation mit Tanklagern, Stationen und Transportmitteln schafft ESSO Arbeit für Handwerk und Industrie und damit für Tausende unter uns. In Staat und Wir-



schaft rechnet man mit dem Faktor ESSO. Die guten Auslandsbeziehungen bringen Exportaufträge nach Deutschland und betruhen durch internationalen Gedankenaustausch unseren Fortschritt. Hinter der hohen Qualität der ESSO-Produkte steht die Erfahrung von einigen Tausend Wissenschaftlern und Spezialisten, die in aller Welt für ESSO tätig sind. Diese weltweiten Erfahrungen sind beim Ausbau der imposanten ESSO-Raffinerie in Hamburg-Harburg gerade heute von weittragender Bedeutung. Hier sichert ESSO durch die Verarbeitung importierter Rohöle auf lange Sicht die notwendige Ergänzung der heimischen Förderung und spart gleichzeitig Devisen ein. — So packend die Materie in der ESSO-Organisation auch ist — entscheidend bleibt der Mensch! Das Wort: „Jeder Mitarbeiter ist wertvolles Kapital unserer Gesellschaft“ kennzeichnet das soziale Programm der ESSO. Für Tausende von Männern und Frauen ist damit ESSO ein Symbol für das Glück sozialer Sicherheit und Auftrieb zu höchster Leistung.



Wir haben den Namen unserer Firma geändert

Das Maß des Vertrauens, das unsere Marke „ESSO“ genießt, hat in der Öffentlichkeit dazu geführt, auch unser Unternehmen mit diesem Namen auszuzeichnen. Wir sind dieser Entwicklung gefolgt und haben unsere bisherige

DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

umbenannt in

# ESSO A.G.

# Aluminiumkrise!

### In den USA reichen die Erzeugungstätten nicht aus

Der Krieg hat eine Steigerung der Weltaluminiumerzeugung gebracht, wie man sie vor dem Krieg wahrscheinlich selbst in den Krisen der Aluminiumindustrie nicht für möglich gehalten hätte. Die Weltaluminiumproduktion betrug 1938 nach Angaben der Metallgesellschaft 579 000 t, wovon auf Deutschland, das an der Spitze der Erzeugerländer stand, 140 000 t entfielen. Bis 1945 schmolte die Weltaluminiumerzeugung auf nicht weniger als 1 900 000 t oder um rund 300% heran. Sie hatte sich damit gegen 1938 mehr als verdreifacht. Jetzt stehen die USA mit 634 000 t an der Spitze, gefolgt von Kanada mit 450 000 t und Deutschland war mit 242 000 t an die dritte Stelle gerückt.

Schon unter den Anforderungen des Krieges war aber ein Rückgang der Erzeugung in den USA und in Kanada zu beobachten, als dessen Folge die Weltaluminiumerzeugung bis 1946 auf 1 500 000 t fiel, um dann bis 1948 wieder auf 1 700 000 t zu steigen. 1948 erzeugten die USA rund 565 000 t, Kanada 338 000 t und Deutschland nur 750 t. Die westeuropäische Erzeugung ist bis 1949 zwar auf 23 000 t gestiegen, erreicht damit aber noch nicht mehr den ihr ungezügelter Stand von 35 000 t im Jahr.

Angewandt der im Krieg erreichten Höchstleistung hätte man annehmen sollen, daß die Nachkriegszeit aber eine Aluminiumschwemme am Weltmarkt bringen würde. Dem ist aber nicht so, wenn man einen Bericht von Mr. Wilson, dem Chef der NE-Metallabteilung der ECA glauben kann. Danach verteilte sich Erzeugung und Verbrauch im laufenden Jahr schätzungsweise wie folgt (in 100 000 t):

USA	Britannien	Frankreich	Japan	UdSSR	sonstige Länder
640	223	235	30	1270	1291

\* nur EKP-Staaten und ihre überseeischen Besitzungen.  
\*\* ohne Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten.

Das erstaunliche ist wohl die Schätzung eines Defizits in der amerikanischen Versorgung von 180 000 t im laufenden Jahr nach den Rekordleistungen der Kriegsjahre. Natürlich braucht man für den Korea-Krieg wachsende Mengen Aluminium und die Wiederaufrüstung der USA ist in der gleichen Richtung wirksam. Wie konnte es zu einer solchen Verkappung kommen?

### Verbrauch nur halb gedeckt

Die Antwort darauf gibt ein Bericht des Ausländerbüros der englischen Fachzeitschrift „The Metal Bulletin“, der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten in Frage kommt man eine Aluminiumerzeugung in den USA von etwa 600 000 t im Jahr für die nächste Zeit erwarten, während der Bedarf einschließlich der Käufe der amerikanischen Regierung für den strategischen Vorrat sich auf etwa 1,1 Mill. t belaufen wird. Das wäre sogar ein Defizit von nicht weniger als 400 000 t. Es ist nicht zu erkennen, wie die USA ein so großes Defizit in naher Zukunft beseitigen können, das nahezu 1/3 Mill. t beträgt. Zwar befinden sich gegenwärtig große Wasserkraftwerke im Bau, doch gibt es nur wenige, wenn überhaupt einen Platz, wo man eine Aluminiumanlage in den erforderlichen Ausmaßen errichten und ständig mit dem notwendigen billigen Strom versorgen könnte. Verhandlungen wegen des Ankaufs großer Mengen kanadischen Aluminiums für den amerikanischen Stockpile scheiterten kürzlich, wie verlautet, an der Opposition von zweien der großen amerikanischen Aluminiumerzeuger, die der Meinung Ausdruck gaben, daß die benötigten Mengen in den USA erzeugt werden sollten. Es handelt sich jetzt darum, einen passenden Platz für neue Anlagen zu finden. Seit dem Krieg hat zwar die Aluminium Co. of America eine neue Produktionsanlage in Texas gebaut, die mit Naturgas betrieben wird. Diese Anlage ist im Hinblick auf eine weitere Offensivität (etwa 35 000 t im Jahr) gebaut, und es besteht

die Möglichkeit der Errichtung von zwei weiteren Werken in der Nähe von Kohlegruben. Welche Pläne die beiden anderen großen Erzeuger, die Kaiser-Konzern und die Reynolds Metal Co. haben, ist nicht bekannt, obwohl anzunehmen ist, daß sie sich bei einer Ausweitung der USA-Aluminiumerzeugung einen Anteil sichern würden. Die ALCOA hat zwar ein neues Werk in Massena in Betrieb, dessen Inbetriebnahme aber erst erfolgt wird, wenn die alte Anlage stillgelegt wird. Die Apex Smelting Co., die eine führende Rolle in der Aluminiumerzeugung spielt, ist gleichfalls bemüht, primäres Aluminium zu erzeugen. Wie verlautet, verfügt sie über genügend Rohstoffe und elektrische Energie um eine oder zwei Offensivitäten in Betrieb zu nehmen. Ferner verläutet, daß eine neue Gesellschaft, die Harvey Machine Co., die Erzeugung aufnehmen will, obwohl die Pläne dieser Gesellschaft als problematisch bezeichnet werden.

### Mehr Aluminium in den Stockpile

Soweit bis jetzt zu erkennen ist, hat die amerikanische Regierung erst verhältnismäßig geringe Mengen von Aluminium in ihrem strategischen Vorrat. Sie hat jetzt bemerkt, etwa 100 000 t in den nächsten sechs Monaten zu erwerben. Um diese Pläne durchführen zu können, würde der Verbrauch im zivilen Sektor der amerikanischen Wirtschaft auf 95% der Menge begrenzt, die in den am 30. Juni abgelaufenen zwölf Monaten verbraucht wurden. Damals lag der Verbrauch wesentlich niedriger als heute, so daß die Einschränkung größer ist, und die Verbraucher heute wahrscheinlich nur 45% ihres laufenden Bedarfs bekommen. Man rechnet damit, daß die verbleibende Industrie in Folge Rohstoffmangels zu Stilllegungen und Überhebungen müssen und zu Entlassungen von Arbeitskräften, was wieder nachteilige Folgen haben könnte, wenn die Aufträge der Regierung im Zuge des Aufrüstungsprogramms einlaufen beginnen. Bisher haben die Rüstungsaufträge im Rahmen des gesamten Aluminiumbedarfs nur einen bescheidenen Umfang angenommen. Selbst nach dem Ausbruch des Korea-Krieges genügt die Nachfrage im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Stromerzeugungen (weniger gemessen an der Kapazität der Anlagen) um eine volle Auslastung der Erzeugungsanlagen zu ermöglichen. Die amerikanische Wirtschaft war darüber hinaus noch auf die Einfuhr von kanadischem Aluminium im Umfang von etwa 25% der USA-Erzeugung angewiesen. Nach der Meinung des „Metal Bulletin“ wird es in den nächsten zwölf Monaten kaum möglich sein, neue Erzeugungsanlagen im Ausmaß von mehr als 100 000 t zu errichten, und selbst dann würden die Stromkosten wesentlich über dem gegenwärtigen Durchschnitt liegen.

### Kanada muß helfen

Soweit die Rohstoffversorgung in Frage kommt, scheint man keine besonderen Befürchtungen zu haben, da Bauxit in ausreichender Menge aus Guayana, Jamaika, Haiti und sogar Brasilien geliefert werden kann. Selbst wenn die Störwerke unpassierbar werden sollten, könnte die amerikanische Aluminiumerzeugung in Höhe der vorjährigen Mittelfülle des Arkansas-Bauxits aufrecht erhalten werden, allerdings zu wesentlichen höheren Kosten. Auch die verarbeitende Industrie hat eine ausreichende Kapazität um jeder Anforderung genügen zu können. Der Standesbericht in der amerikanischen Aluminiumwirtschaft ist gegenwärtig die Rohstoffversorgung.

Wenn die amerikanische Wirtschaft einschließlich des Rüstungsbedarfs in der kommenden Zeit tatsächlich einen Zustufbedarf von rund 1/3 Mill. t jährlich haben sollte, so könnte diese Fehlmenge praktisch nur in Kanada gedeckt werden. Sollten die Verhandlungen wegen solcher Lieferungen jedoch wieder aufgenommen werden, so rechnet man mit wesentlich höheren Preisforderungen der Kanadier.

### Erwartungen bestehen in den USA eine außerordentliche Nachfrage nach Aluminium und Legierungsmetallen, für welche Preise gezahlt werden, die den offiziellen Preis von 18,00 ct je lb für Primäraluminium bei weitem übersteigen.

Soweit der Ausländerdeklarator des „Metal Bulletin“. Die Lage der amerikanischen Aluminiumwirtschaft scheint danach wirklich sehr kritisch zu sein. Das überträgt aber nicht weiter, denn die Höchstleistungen des letzten

Krieges wurden ohne Rücksicht auf die Kosten erzielt, und zwar nicht von der amerikanischen Aluminiumindustrie, die sich gebildet hat, ihre Kapazität im Hinblick auf einen durchaus möglichen Verbrauchrückgang nach dem Krieg allmählich auszubauen, sondern die sich darauf beschränkte, die von der Regierung unter dem Zwang der Verhältnisse mit Mitteln der Allgemeinheit gehaltenen Werke in Regie zu betreiben. Sie hat den größten Teil dieser Werke nach dem Krieg zu einem Bruchteil der Erzielungskosten von der Regierung übernommen, um sie zum Stilllegen. So berichtet das „Metal Bulletin“, daß eine regierungsgegründete Anlage in den Außenbezirken von New York gegenwärtig nur noch aus leeren Werkhallen besteht. Die Selbstkosten des während des Krieges in diesem Werk erzeugten Aluminiums betragen nach dem gleichen Quelle etwa das Doppelte des damaligen Aluminiumpreises.

### ... und Westdeutschland

Solange kein unmittelbarer Notstand besteht, wird sich die amerikanische Regierung kaum bereit finden, erneut Staatsgelder in die Aluminiumerzeugung zu investieren. Die Aluminiumindustrie ihrerseits ist daran interessiert, ihre Kapazität auch heute nicht in übermäßiger Weise auszuweiten, besonders, wenn das nur auf eine unrentable Art geschehen kann. So bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als den zivilen Verbrauch drastisch einzuschränken und den Versuch zu machen, kanadisches Aluminium zu erhalten. Besondere für die Notlage der amerikanischen Aluminiumindustrie ist es auch, daß bekanntlich die westdeutsche Industrie gegen Bauxitlieferungen aus Griechenland, Rohaluminium nach den Vereinigten Staaten liefern soll. h. b.

# Mineralölsteuer ist eine Rohstoffsteuer

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes, der dem Parlament vorliegt, stößt in dem betroffenen Wirtschaftskreis, besonders in der chemischen Industrie und in der Mineralölindustrie, auf sehr große Bedenken. Das alte Mineralölsteuergesetz wurde mit seinem im Verlauf vieler Jahre ausgeübten Teilweisen den unterschiedlichen Möglichkeiten für eine steuerliche Belastung gerecht. Der neue Entwurf ist jedoch hiervon weit entfernt. Bisher wurde die Mineralölsteuer zu den Verbrauchssteuern gerechnet. In der neuere vorgeschriebenen Form verliert aber die Mineralölsteuer die Eigenart einer Verbrauchssteuer. Sie wird einer Rohstoffsteuer sehr stark angenähert, da viele Mineralölprodukte als Zwischenstoffe und Ausgangsstoffe verwendet werden. Die Rohstoffsteuer ist bisher von Wissenschaft und Praxis als wirtschaftshemmend abgelehnt worden, zumal wenn von ihr eine unmittelbare Vielzahl von Endprodukten betroffen wird und die Steuerwirkungen nicht mehr erkennbar sind. Unter den belasteten Endprodukten wären z. B. für die Ausfuhr bestimmte Fabrikate sein; eine Rückvergütung der Rohstoffsteuer bei der Ausfuhr des Fertigerzeugnisses wäre jedoch rechtlich unzulässig. Die einfuhrfördernde und ausfuhrhemmende Wirkung der erhöhten Mineralölsteuer steht der gesamten wirtschaftspolitischen Konzeption der Bundesregierung entgegen.

In der bisherigen Ausbreitung über die Mineralölsteuer ist kaum beachtet worden, daß die Erhebung der Steuer sehr schwierig ist und einen leeren Verwaltungsapparat verlangt.

# Deutsche Börsen

Frankfurt	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50	Düsseldorf	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50
AEG	24 1/2	25 1/2	24 1/2	25	Alexanderwerk	—	—	—	—
Brown, Boveri	108	109	112	126	Baake Masch.	80	82	80	83
Buderus	27 1/2	27 1/2	28 1/2	27 1/2	Baall AG	27	27	27	28
Chem. Albert	43	42 1/2	42	42	Dortm. A-Brau	—	—	—	—
Deutsche Erdöl	51	52	50	50	Falck & G.	85	85	85	85
El. Licht u. Kr.	27 1/2	28	—	28 1/2	Ford	85	85	85	85
Frank. Masch.	87	87	87	87	Gerrsch. Glas	80	80	80	80
Heidelb. Zement	192	193 1/2	192 1/2	192 1/2	Goldschmidt	—	—	—	—
Hörmann	27 1/2	—	27	27 1/2	G.H.H.	39	39 1/2	39	39 1/2
Kruppwerke	41 1/2	41 1/2	41 1/2	41 1/2	Hapten	—	—	—	—
Lohmeyer	85	80	80	80	Henschel	84 1/2	85	84 1/2	84 1/2
Lenz	49	47 1/2	48	47	Kabel Rheydt	85	85	81	82
Linde's Eis	88	82	84	85	Klöpper	84	86	86 1/2	86
Metallgesellschaft	42 1/2	44	45	45	Mannesmann St.	83	84	84 1/2	84
Rheinmetall	25	25	25 1/2	25	Milch. Berg	83 1/2	82	82	82 1/2
Schiffahrt	47 1/2	48	46	45	Rheinbraun	81 1/2	82	80	80 1/2
Siemens & Halske	28 1/2	42	42 1/2	42 1/2	Uhlen. Kautschuk	80 1/2	81	82	82
Voigt & Haefliger	128	128	128	128	Uhlen. Zellwolle	87 1/2	88	88	88
Wald & Freytag	118	118	118	118	Reinhold	81 1/2	82	82 1/2	82
Zellulose-Waldhof	47 1/2	48 1/2	48 1/2	48	RWE	—	—	—	—
Commerz-Bank	34	34	34	34 1/2	Var. Stahlwerke	80	80	80 1/2	80
Dresdner Bank	24 1/2	24	24 1/2	24 1/2	Westfäl. Knäufel	82	82	82	82
4% Präm. Hyp. Bk.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	Wolff. Westf. Bad.	78	78	78 1/2	78
4% Präm. Hyp. Bk.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	4% Rh. W. Bd.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2
4% Präm. Hyp. Bk.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	4% Gelsenberg	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
4% Präm. Hyp. Bk.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	5% Kölnener	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2
Hamburg	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50	München	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50
Accus	84	84	86	86	Amperwerke	86	85	85 1/2	86
Bekus	22	22	22	22	Anglo-Norm. Masch.	78	78	78	78 1/2
Brenner Welle	85	85	84	85	B.M.V.	100	100 1/2	100	100
Demag	77	78	77	78 1/2	Düsseld. AG	120	120	120	120
Eintracht	47	47	47	47 1/2	Elekt. A.G.	86	86	86	86 1/2
Dynamit Nobel	77	77 1/2	77 1/2	77 1/2	Hamberger	76	76	77	77
Feldmühle	77	78	78	78	Hanf. Finzen	143	143	147	147
HEW	40	41	40 1/2	41	Hauschneuter	80 1/2	81 1/2	80	81
Hank. Hochh.	43	41	40	41	Kraut Maffei	77 1/2	78 1/2	78 1/2	78
Hamb. Hyp. Bk.	18	18	18	18	Lech El.	80	80	80	80 1/2
Hansa-Motoren	25 1/2	27	27 1/2	27 1/2	Lehrsch. A.G.	86	86	86 1/2	86 1/2
Hamburg. Gummi	110	110	108	110	Mech. Hanover. Sp.	128	128	128	128
Hoffmann Stärke	100	100	100	100	Rathgeber	84	84	84	84
De. H. A.	17	18	17	17	Roestel	84	84	84	84
Ilse Genul	10 1/2	10 1/2	10 1/2	10 1/2	Spin. u. Web. Kott.	127	127	127	127
Karstadt	42	42	42	42	Südd. Zucker	100	100	100	100
Karlsh. A.	42	42	42	42 1/2	Taschewitz	40	40	40	40
Köln. Hyp. Bk.	34	34	34	34	Werk. Hofbein	80	80 1/2	80	80
Köln. Hyp. Bk.	27	27	27 1/2	27 1/2	Barr. Hy. u. W. Bk.	38	38	38	38
Köln. Hyp. Bk.	27 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2	Südd. Duden	28	28	28	28
Köln. Hyp. Bk.	27 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2	Allianz Leben	44	44	44	44
Köln. Hyp. Bk.	27 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2	Allianz Vers.	72	72	74	74
Köln. Hyp. Bk.	27 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2	4% Bayer. Hyp. Bk.	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
Köln. Hyp. Bk.	27 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2	4% Augsb. Hyp.	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
Hannover	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50	Stuttgart	8.12.50	15.12.50	22.12.50	29.12.50
Cesli Gummi	104 1/2	107	106 1/2	106 1/2	Braunrig. Wulle	66	67	65	65
Halschlag	86	86	86	86	Daimler	127 1/2	127 1/2	127 1/2	127 1/2
Mech. Weh. Linden	72	72	72	72	Jungblau	66	64	67	67
Reinhold	88	85 1/2	81 1/2	82 1/2	Kaart	83	84	86	86
Walbe, Döhren	82 1/2	82	82	82	Salmann	—	—	—	—
Woltershall	48	48	48 1/2	48 1/2	Wurt. Bank	27	27	27	27

# Berliner Brief. Was dem Westen fehlt

### das sind nämlich die stillischen Aktivisten

Was dem Westen fehlt, sind einfach und schnell gesagt, die stillischen Aktivisten. Es ist nicht auszudenken, in welchem Tempo man dann aufrücken könnte. Im Ernst, die „Tägliche Rundschau“ bringt folgende Überschrift über die Setzmaschine, ohne daß die Typen streiken: „Tagesleistung eines Warschauer Maurers: 18 323 Ziegel.“ Das ist nun aber nicht nur ein Maurer, dank der Arbeit des „Baupioniers von Polen“, Michal Krajewski, (die Anführungsstriche stammen aus der TR), haben es die Maurer in Warschau erreicht, am Tag 18 mal soviel Blöcke zu vermauern wie vor dem Krieg. Doch auf der Tafel in der Anstellung „Warschau — Frieden und Aufbau“ steht, es sagt die TR, „Tagesleistung 1938 890 Ziegel, Tagesleistung 1949 18 323 Ziegel.“ Wenn es das steht, muß man es wohl glauben. Aber immerhin, 890 Ziegel am Tag bedeuten, die Vermauerung von 1,086 Ziegel in die Mauer, wohlverstanden in jeder Minute, ohne Frühstück- und Mittagspause, wie wir meinen, eine ganz anständige Leistung. Aber was will das gegen 18 323 Ziegel besagen. Das sind nämlich unter der gleichen Bedingungen in der Minute 36,11 Ziegel und in der Sekunde nicht weniger als 0,63 Ziegel. Da ist es denn kein Wunder, wenn das erste Warschau heute schon wieder in allem Glanz strahlt. Nichtvoll werden es die Berliner, und besonders die Ostberliner hören und sehen. Denn heute noch kaum aufgedeckt sind. Da aber Fortschritt aus dem Osten kommt, sehen es schon deutlich, daß sich die deutschen Maureraktivisten als Beispiel an ihren polnischen Kollegen nehmen sollen, und es würde uns nicht wundern, wenn nach dem sowjetischen Deutscher Pavol Bykov, der den deutschen Dehnen erst einmal zu Gemüte geführt hat, was sie für eine Stille sind, nun der Baupionier von Polen, Michal Krajewski, demnächst in Berlin aufzutauchen würde, um seinen deutschen Kollegen zu zeigen, was eine Hürke ist, wobei zu erwarten bleibt, im Laufe der Mauer zu schreien gehen wird. Neue Gebäude lassen sich nämlich nicht auf die Reparations-

### die stillischen Aktivisten

läufe setzen und den Weg nach Osten gehen lassen.

### Sekretäre mit Briefe

Sucht doch da im „Volk“ der Betriebsleiter des HO-Kaufhaus eine Sekretärin, wobei es in den Bedingungen „Gute Erziehung“ und „Alter nur bis zu 30 Jahren“ heißt. Das hat Traute Schmelle aus Erfurt auf die Beise gebracht und in Harzsch, die der Meinung ist, daß das amerikanische Methoden seien, wie könnte es sich anders sein. Aber Traute, warum gehen Sie dem Hindernis Leiter des HO-Kaufhaus der schon wahrscheinlich wenig Erfolge haben zu sehen bekommt, nicht diese kleine Augenwende? Oder sollten Sie den Anforderungen nicht genügen? Entschuldig fragt Traute, ob man diese „Sitten“ auch in der demokratischen Republik einführen würde, wo doch nur die fachliche Qualifikation ausschlaggebend ist, und man Wert darauf legt, daß sich die Angestellten und Arbeiter politisch und gesellschaftlich betätigen. Was darunter zu verstehen ist, sich gesellschaftlich zu betätigen, weiß die Einsiedlerin wahrscheinlich auch nicht genau, aber sie hat es immer so gehirt. Der Ideal ist offenbar die intensive Parteivorbereitung mit dicken Brieflagern, Platinen und der nun einmal notwendigen sturen Einstellung Moskauer Prägung. Wir für unseren Teil können den Mann von der HO verstehen, wenn er ein Bündnis in der ostdeutschen Dürre sucht.

### Händler von Briefen

Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder mit der „Seitenspalte“ der „National-Zeitung“ beschäftigt, die von dem knappen Raum ihres Blattes immerhin nahezu regelmäßig eine Seite für die Notizen der Bevölkerung Ostdeutschlands zur Verfügung stellt. In einer der letzten Ausgaben der NZ heißt es nun von redaktioneller Seite zu diesem Thema: „Jede Woche sind es Händler von Briefen, die es zu beantworten gilt.“ Da fällt dem Wahl schwer, welche dieser Briefe veröffentlicht werden sollen.“ Wir waren bisher der

### Melung, daß diese Seite in der bisherigen Form und Ausdehnung allein schon eine nicht zu übersehende Aufgabe gegen die stillischen Methoden wäre. Wenn wir gehabt hätten, daß die NZ mit diesen Leserbriefen, ihren gesamten redaktionellen Inhalt bestreiten könnte.

Nicht immer geht es glatt, wie wir erfahren, denn die Pressestelle einer nicht genannten Ministeriums hat der NZ in diesem Zusammenhang „Anpöbele“ vorgeworfen. Anders die HO, die nach der NZ, „was die Fülle der Veröffentlichungen“ (d. h. Beschwerden) anbelangt, „nicht zu kurz kommt“. Sie ist äußerst konfliktlos, und sieht ihre Fehlarbeit ein. Interessant ist nur, daß sie nicht zu kurz kommt, was auf die Dienste, die sie der Allgemeinheit leistet, ein beachtendes Licht wirft. Ohne unsere Leser ermuntern zu wollen, möchten wir heute eine Meldung zum Kaufpreis zur Kenntnis bringen. Im Ostdeutschland hat ein Umwandler, von Beruf Buchhändler, sich mühsam eine neue Existenz durch Eröffnung einer Buchhandlung aufgebaut. Ihm wurden jetzt die Räume gekündigt, nicht etwa, weil sein Bedürfnis vorläge, o nein, nur weil beabsichtigt ist, eine Buchhandlung der „Welt und Heim GmbH“ zu eröffnen, was sich der Kür- und Verwaltungsrechte sinnig äußert: „Selbständige Privatunternehmer sind in Heiligdamen nicht mehr erwünscht.“ Im Dritten Reich hieß es, am Eingang der Badewärde anfänglich auch nur: „Juden nicht erwünscht.“ Gemacht hat es dann, wie man wohl bekannt ist, den Gauleitern und Konzentrationslagern.

### Schote der Währung

Hans W. Auer muß in der TR wieder einmal erklären, warum das geübte verabschiedete Gesetz über den internationalen Zahlungsvorkkehr zum Schutze der Währung gegen Sabotage notwendig ist. Es ist in diesem Schreiben die Rede von der „Schaffung des unwahren, betrügerischen Kursverhältnisses zwischen dem Geld beider Währungen durch die Wechselstufen“ von der „jungen heranzunehmenden Währung der DDR, die gegen feindselige Handlungen des Westens gerichtet werden muß“, davon, daß „die Grundlage aller Verrechnungen und Ausschüttungen zwischen Ost und West das Kursverhältnis 1:1 ist, soweit nicht sogar

### ein günstigeres Kursverhältnis zugunsten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank vorgesehen ist“, und was es an sich immer wieder vorgebrachten Argumenten gegen die Kursrelation zwischen der Ost- und Westmark gibt, die alle am Kern der Sache vorbeigehen. Dabei weiß der Verfasser, der von der kapitalistischen Wirtschaftssysteme herkommt, genau, was diese Kern beinhalten ist. Aber er darf es eben nicht sagen, daß das Mißverhältnis zwischen Warenangebot und Geldmarkt dem niedrigen Wert der Ostmark in Ostdeutschland bedingt, wie umgekehrt, die Warenfülle und die Geldknappheit im Westen im entgegengesetzten Sinne auf den Wert der Westmark einwirken. Er darf sich nicht sagen, daß man in der volkswirtschaftlich bedeutenden Industrie der Westmark sehr wohl zu schätzen weiß, kann man doch nur für die verleierte Westmark die Dinge in Westdeutschland erhalten, die man so notwendig braucht, und die im Osten herzustellen trotz aller Aktivisten und Erfinder bisher nicht gelangt ist. Er darf auch nicht erklären, warum die HO sich mit ihren Preisen eng an das Preisniveau in Westberlin anlehnt, warum sie hier nicht die Kursrelation 1:1 eingeführt hat.

### Berlin Außenhandeln wählt

Als offensichtlich ist zu vermeiden, daß die Produktion Westberlins im November gestiegen ist, und daß sich die Lieferungen nach dem Westen um 35 Mill. DM erhöht haben. Nach dem Bericht der Abteilung Wirtschaft beim Berliner Magistrat ist eine schriftliche Vertretung der Wirtschaftslage Westberlins unverkennbar. Der Lieferwert der Industrie ist nochmals um 1,4% auf rund 179 Mill. DM gestiegen. Mit 21,5 Mill. DM, oder 49% mehr als im Oktober, hat sich der direkte Export besonders günstig entwickelt. Die Lieferungen nach Westdeutschland haben sich auf über 130 Mill. DM erhöht, womit der Rückgang im Oktober mehr als ausgeglichen werden konnte. Hatten sich nicht Schwierigkeiten, in der Rohstoffversorgung gezeigt, so hätte die Kapazität noch stärker ausgenutzt werden können. Die Westberliner Handehlfähigkeit zeigte in den letzten sechs Monaten folgendes Bild (in Mill. DM):

Welt-Warenmärkte

Das Jahr der Preissteigerungen für Rohstoffe

Das bevorstehende und alle übrigen Geschäfte... Das Jahr der Preissteigerungen für Rohstoffe...

len aufgestellt gegenüber einer Ernte von nicht ganz 10 Mill. Metzen im Jahre 1950, und so wie die Dinge sich bisher entwickelt haben, scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, daß dieses Ziel erreicht werden wird...

Table with 3 columns: Rohstoff, Preis, Veränderung. Lists various raw materials and their price changes.

Kautschuk

Für die Entwicklung des internationalen Kautschukmarktes war der Krieg in Korea Anlaß zu einer Hausse der Preise, die wohl von niemand erwartet worden war...

Baumwolle

Die Baumwollepreise erreichten in den Vereinigten Staaten in der zweiten Jahreshälfte 1950 Höchststände, wie man sie seit Jahrzehnten nicht erlebt hatte...

NE-Metalle in New York

Die Nickelverpreifung in New York unterlag am stärksten den Auswirkungen des Konfliktes im Fernen Osten. Das ist verständlich, da es ein Zeichen für die Verunsicherung des Kupfermarktes...

seinen Ereignissen aufzuführen, die für das Metallgeschäft marktspezifisch waren. Von vornherein mußte damit gerechnet werden, daß die nordamerikanische Wirtschaftslage im Augenblick auf eine ausreichende Deckung des Haushaltsbedarfs für Rohstoffe...

Metalle

Table with 5 columns: Metall, Preis, Veränderung. Lists various metals and their price changes.

Notenkurse in Zürich am 30. Dez. 1950

Table with 3 columns: Währung, Kurs, Veränderung. Lists exchange rates for various currencies.

nen einen kleinen, wenn auch wichtigen Ausschnitt der Gesamtverbraucher bedient. Man gibt in den Vereinigten Staaten selbst zu, daß die bisher in Kraft gesetzten Lenkungs- und Verwendungsvorschriften nur Vorläufer für ein im einzelnen gebündeltes Bewirtschaftungssystem sind...

Die englischen Verbraucher sind immer noch recht optimistisch und hoffen, daß die Verbrauchsbeschränkungen, die mit dem Beginn des Jahres 1951 angeordnet wurden, nicht lange andauern werden...

Metalle

Die letzte Woche des Jahres verlief an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig. Die Nachfrage nach Metallen ist immer noch lebhaft, doch wird sich die Lage in den nächsten Wochen stärker beschränken lassen...

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig. Die Nachfrage nach Metallen ist immer noch lebhaft, doch wird sich die Lage in den nächsten Wochen stärker beschränken lassen...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Aluminium: Zwischen England und Kanada wurde ein 20-jähriges Verträge über Aluminiumlieferungen abgeschlossen. Über diesen Kontrakt wird die englische Wirtschaft 1951 zusätzlich 200.000 t Aluminium erhalten...

Aluminium: Zwischen England und Kanada wurde ein 20-jähriges Verträge über Aluminiumlieferungen abgeschlossen. Über diesen Kontrakt wird die englische Wirtschaft 1951 zusätzlich 200.000 t Aluminium erhalten...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

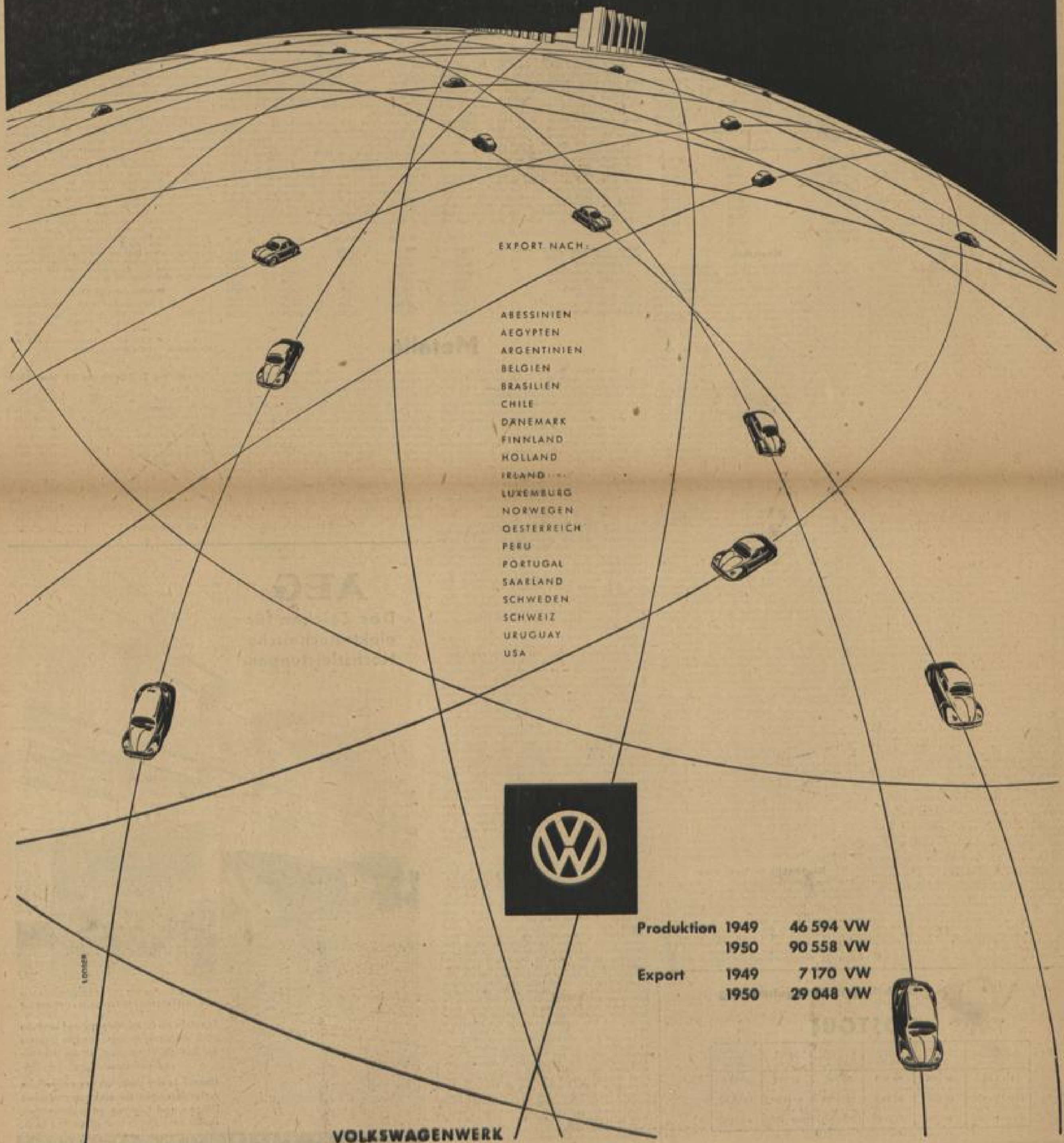
Metalle

Die letzten Wochen des Jahres verliefen an den Weltmetallmärkten durch die Feiertage recht ruhig...

Advertisement for POSTGUT, featuring a rooster logo and a table of product specifications.

Large advertisement for AEG featuring a photograph of a factory building and technical specifications for electrical equipment.

# Werk und Wagen der grosse Erfolg!



EXPORT NACH:

- ABESSINIEN
- AEGYPTEN
- ARGENTINIEN
- BELGIEN
- BRASILIEN
- CHILE
- DANEMARK
- FINNLAND
- HOLLAND
- IRLAND
- LUXEMBURG
- NORWEGEN
- OESTERREICH
- PERU
- PORTUGAL
- SAARLAND
- SCHWEDEN
- SCHWEIZ
- URUGUAY
- USA



Produktion	1949	46 594 VW
	1950	90 558 VW
Export	1949	7 170 VW
	1950	29 048 VW

VOLKSWAGENWERK